

(Minister Ernst Schwanhold)

- (A) nächst einmal geht es um hohe Investitionsmittel zum Ausbau der Schienenwege, damit die Schienen überhaupt in der Lage sind, mehr aufzunehmen. Das ist die erste Maßnahme. Die zweite Maßnahme ist dann zu treffen, wenn dieser Ausbau vonstatten gegangen ist.

(Gerhard Wächter [CDU]: Aber Sie stehen dazu?)

- Ich stehe dazu. Und wir werden der Bahn den Vorlauf geben müssen, den wir beschlossen haben. 2004 ist der Zeitpunkt, zu dem der erste Schritt der Bahnreform vorbei ist. Wir haben eine eigene Bahnkommission eingesetzt, die uns weiter gehende Vorschläge unterbreitet. Ich bin ziemlich sicher, in welche Richtung diese Vorschläge gehen. Sie werden den diskriminierungsfreien Zugang und die Trennung von Netz und Betrieb empfehlen. Das ist wie bei der Pällmann-Kommission. Auch hier ist dieses ja empfohlen worden. Und es spricht manches dafür, dass das richtig ist. Nur, es übers Knie zu brechen, wäre ein Fehler, weil die Bahn dann auch nicht in der Lage wäre, tatsächliche Übergangspunkte, Schnittstellen und Reibungsverluste zu vermeiden.

- (B) Meine Damen und Herren, lassen Sie mich folgende Aspekte in den Vordergrund der Verkehrspolitik der nächsten Jahre stellen:

Es wird sowohl mehr Personenverkehr als auch mehr Güterverkehr auf nordrhein-westfälischen Straßen und Verkehrswegen geben. Dies ist eine gewollte Entwicklung. Weil wir die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wollen, müssen wir die Verkehrswege anpassen, und zwar Schiene, Straße, Wasserstraße und Luftverkehrswege. Wer dieses nicht will, verabschiedet sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung. Denn auch das Internetzeitalter macht mehr Verkehre notwendig.

Dass dabei jeder Verkehrsträger seine spezifische Last auf sich nehmen muss, ist klar. Die Bahn ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht dafür geeignet. Wir erwarten von ihr bessere Leistungen und eine bessere Umsetzung der in sie investierten Milliardenbeträge, auch der Beträge, die das Land gibt. Wir werden dies im wettbewerblichen Wege auch mit Ausschreibungen befördern.

Dass wir dabei die weitere Unterstützung des Bundes benötigen - insbesondere für den Ausbau der Autobahnen und der Bundesstraßen -, ist klar. Wir stehen in engem Kontakt mit dem Bundes-

verkehrsminister. Wir sind auch für die wirklich gute vorausschauende Aussage des Bundesverkehrsministers dankbar, dass er in Nordrhein-Westfalen einen Investitionsschwerpunkt für die nächsten Jahre im Bundesautobahn- und Bundesstraßenbau sieht. Dieses sind gute Perspektiven für die Verkehrspolitik des Landes. - Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratungen zum Einzelplan 08.

Ich lasse daher **abstimmen**, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/937** - Stichwort: Aufstockung der Mittel für Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer lehnt diesen Antrag ab? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse zweitens abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/938** - Stichwort: Erhöhung der Mittel für den Landesstraßenbau. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer lehnt ihn ab? - Wer enthält sich? - Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der F.D.P. **abgelehnt**.

Ich lasse jetzt abstimmen über den **Einzelplan 08** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/808**. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 2** auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/815 und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/939.

Ich eröffne die Beratung zum Bereich

a) **Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie**

(C)

(D)

(Vizepräsidentin Edith Müller)

- (A) Ich begrüße als ersten Redner Herrn Arentz für die CDU. Bitte schön.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern haben wir hier in einer bewegenden Feierstunde dem ersten Ministerpräsidenten unseres Landes Nordrhein-Westfalen Karl Arnold gedacht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Den ersten gewählten!)

- Den ersten gewählten, natürlich. Ich wollte Herrn Kollegen Amelunxen nicht unterschlagen, Herr Eumann - sehr richtig.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Als Historiker!)

Der Leitsatz von Karl Arnold für die Politik dieses Landes hieß: Nordrhein-Westfalen muss und soll das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland sein. - Und bis hin zu Ministerpräsident Johannes Rau haben alle Regierungschefs dieses Landes an diesem hohen Anspruch von Karl Arnold festgehalten.

Wir messen heute Ihre Politik und Ihren Haushaltsentwurf daran, ob Sie sich auch noch ganz praktisch diesem Ziel der sozialen Gerechtigkeit von Karl Arnold verpflichtet fühlen oder aber ob Sie es in Wahrheit aufgegeben und verraten haben.

(B)

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Da fragen Sie sich erst einmal selber!)

Wir wollen dieser zentralen Frage bei der Diskussion über diesen Haushalt nachgehen, einmal weil es der Haushalt des Sozialministers ist - da bietet sich das natürlich an -, aber auch deswegen, weil Sie, Herr Minister Schartau, noch vor wenigen Tagen in einem Gespräch mit der "Neuen Rhein Zeitung" gesagt haben, dass Sie - so wurde berichtet - neben dem Modernisierer Clement die Aufgabe hätten, die soziale Kompetenz zu stärken. Und wörtlich zitiert Sie die "NRZ" dazu mit dem Satz: "Es ist meine Funktion, das auf den Punkt zu bringen."

Lieber Herr Kollege Schartau, wir stimmen Ihnen ausdrücklich zu in der Einschätzung, dass Ministerpräsident Clement jemanden an seiner Seite braucht, der auf soziale Kompetenz achtet. Das ist wohl wahr.

(Beifall bei der CDU)

Aber die Frage bleibt natürlich, ob das ausreicht, was Sie an dieser Stelle bewegen, oder aber ob es nicht doch in Wahrheit allzu oft unfair und ungerecht zugeht bei dieser Landesregierung.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Das wollen wir uns anhand des Haushalts einmal an fünf Punkten näher anschauen. Sie müssen sich messen lassen an dem Haushaltsentwurf, den die Landesregierung vorgelegt hat und dem Sie im Kabinett auch zugestimmt haben, Herr Minister. Wie konnten Sie eigentlich jemals einem Haushaltsentwurf Ihre Zustimmung geben, bei dem allein die Hilfen für alte Menschen in diesem Jahr um 16 Millionen DM gekürzt werden sollen?

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Unglaublich!)

Wie konnten Sie einem Haushaltsentwurf zustimmen - und das finde ich fast noch gravierender -, in dem die Mittel für die Altenerholung für Menschen, die im Grunde nur den Sozialhilfesatz zur Verfügung haben, von 5 Millionen DM auf null gekürzt werden sollen? Wir halten das für einen sozialpolitischen Skandal, was Sie uns hier mit der Haushaltsplanung für 2001 vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss Ihnen sagen: Wer zulässt, dass ein solcher Ansatz auf null gesetzt wird, der braucht uns nicht mehr mit Solidarität und Gerechtigkeit zu kommen. Ein solches Verhalten ist zutiefst unsozial, unfair und ungerecht.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt! So, wie Sie mit den Alten in diesem Haushalt umgehen, gehen Sie auch mit den Behinderten und Pflegebedürftigen um. Es ist für die CDU überhaupt nicht nachzuvollziehen, wie Sie dazu kommen konnten, die Mittel für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderung um 10 % und die Mittel für Zwecke des Behindertensports sogar um 30 % in diesem Haushalt zu kürzen. Wir sind doch noch meilenweit davon entfernt, dass das Diskriminierungsverbot für Behinderte, das in der Verfassung steht, auch mit Leben gefüllt ist. Wir sind immer noch am Tatbestand serienweiser Diskriminierung behinderter Menschen,

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Sehr richtig!)

und bei solchen Streichaktionen im Landeshaushalt zeigt sich, ob die sozialpolitischen Sprüche

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) und das praktische soziale Handeln zueinander passen oder meilenweit auseinander liegen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Ein besonders trauriges Kapitel im Landeshaushalt - übrigens nicht zum ersten Mal, sondern in Folge - ist das finanzielle Ausbluten der komplementären ambulanten Dienste.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Tää!)

Nachdem es die Landesregierung über Jahre hinweg versäumt hat, die Finanzierung dieser für alte, behinderte und pflegebedürftige Menschen so enorm wichtigen Dienste auf eine tragfähige finanzielle Grundlage zu stellen, will sie jetzt einfach aus der Finanzierung aussteigen - zwar Schritt für Schritt, aber sie will aussteigen. Das ist gegenüber den Menschen, die auf diese Dienste angewiesen sind, unzumutbar und ein Zeichen von Kaltherzigkeit.

Auch Ihr - das muss ich schon sagen - fast gebetsmühlenartig wiederholter Hinweis, das sollten die Kommunen finanzieren, hilft nicht weiter, denn die Kommunen werden von dieser Regierung ohnehin weit über Gebühr belastet.

(Minister Peer Steinbrück: Das ist nicht zutreffend!)

(B)

Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege hat in einer Stellungnahme zum Haushalt vom 1. Januar 2001 - wie wir finden - völlig zu Recht festgestellt:

"Hier fordern wir das Land auf, seiner Verantwortung für die Menschen und den Aufbau der sozialen Infrastruktur im Interesse der Hilfebedürftigen gerecht zu werden und hier bis zu einer klaren zukunftsorientierten Lösung der Finanzierung die Zerschlagung der mühsam aufgebauten und funktionierenden Strukturen zu verhindern."

Wir meinen: Die Wohlfahrtsverbände haben mit dieser Feststellung Recht. - Was Sie hier machen, zerstört ein wichtiges Element zukunftsorientierter und menschlicher Sozialpolitik. Wer die komplementären ambulanten Dienste in ihrer Substanz gefährdet, dem fehlen offensichtlich in der Sozialpolitik Ziele über den Tag hinaus, dem fehlt die Vision einer am Menschen orientierten modernen und gerechten Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU - Dr. Frank Freimuth [SPD]: Wie bei Helmut Kohl!)

Viertens. Wie auch in anderen Bereichen des Landeshaushalts ist in der sozialpolitischen Landschaft unseres Landes ein riesiger Investitionsstau zu beklagen. Das betrifft nicht nur die Krankenhäuser, zu denen wir nachher noch beim Einzelhaushalt der Gesundheitsministerin kommen, sondern das betrifft z. B. genauso die Förderung des Baus und der Erstausrüstung von Pflegeeinrichtungen. Hier droht bald die gleiche katastrophale Lage zu entstehen, wie wir sie bei den Krankenhäusern bereits haben.

Ob Nordrhein-Westfalen noch das soziale Gewissen Deutschlands ist oder nicht, entscheidet sich für die CDU auch an der Frage, wie gerecht und wie sorgfältig wir mit pflegebedürftigen Menschen umgehen. Hier geht es im wahrsten Sinne des Wortes um die Würde der Menschen, die Hilfe nötig haben.

Die Wohlfahrtsverbände warnen in ihrer eben zitierten Stellungnahme zum Haushalt davor, dass es bei einer weiteren - sie nennen das vornehm - "Engführung der Investitionsmittel" - d. h. auf gut Deutsch, es wird immer weniger - zu pflegebedürftigen erster und zweiter Klasse in Nordrhein-Westfalen kommen werde.

Die Kürzung der Investitionsmittel für Pflegeeinrichtungen führt im Übrigen schon bald wieder zu einem dramatischen Mangel an Pflegeplätzen in unserem Land. Gerade in den letzten Tagen - ich glaube, es war am Montag - hat der Landschaftsverband Rheinland gesagt, dass bis 2003 4.500 stationäre Pflegeplätze alleine im Rheinland fehlen werden. Und - soweit wir es überblicken können - der Investitionsbedarf ist im westfälischen Landesteil noch einmal höher als im Rheinland. Allein - wir haben das einmal an einem Kreis nachvollzogen, der gar nicht so groß ist - im Kreis Unna fehlen bis 2004 700 stationäre Altenpflegeplätze.

Wenn wir nicht bald wieder lange Wartelisten bei gut geführten Pflegeeinrichtungen haben wollen - wir bekommen das als Abgeordnete ja immer in Form von Anrufen von Bürgern mit, die dringend einen Pflegeplatz für ihre Mutter oder ihren Vater suchen -, dann brauchen wir dringend eine Investitionsoffensive des Landes in seine soziale Infrastruktur.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Fünftens und letztens: Wenn die nordrhein-westfälische Landesregierung noch das soziale Gewis-

(C)

(D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) sen sein wollte, hätte sie zumindest bei zwei großen Themen der letzten Monate unserer Meinung nach auch den Konflikt mit der Bundesregierung suchen müssen. Das gilt für die Rentenpolitik, Herr Minister Schartau, und das gilt für eine bessere Versorgung altersverwirrter demenzkranker Menschen.

Da muss ich Ihnen leider sagen, lieber Herr Schartau, bei aller persönlichen Sympathie - das will ich hier auch sagen -: Wir sind tief erschüttert und betroffen, wie willfährig Sie die zutiefst unfaire und ungerechte Rentenpolitik Riesters und Schröders mitgetragen haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Stellen Sie sich doch nur einmal den Moment einer logischen Sekunde lang vor, Norbert Blüm hätte so eine Rentenpolitik gemacht. Er hätte erst die Nettoanpassung der Rente versprochen, aber sie dann nicht vorgenommen. Zweitens hätte er versprochen, wenigstens die Inflationsrate zu beachten, um dann deutlich unter der Inflationsrate mit der Rentenanpassung zu bleiben. Stellen Sie sich vor, er hätte eine Rentenreform beschlossen, die massiv das Rentenniveau nach unten manipuliert hätte, und er hätte die Parität der Beitragszahlungen de facto abgeschafft und die Witwenrente zum Auslaufmodell degradiert. Hier wäre der Teufel los gewesen bei solch einer Politik, wenn sie die CDU gemacht hätte, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Da muss ich Ihnen schon sagen: Sozialpolitische Sauereien werden nicht dadurch besser, dass sie von der SPD gemacht werden. Öffentliches Lob und Zustimmung für diese Rentendemontagepolitik von Riester und Schröder durch Sie, Herr Minister Schartau, gehen an die sozialpolitische Glaubwürdigkeit.

(Werner Bischoff [SPD]: Und das sagt Arentz!)

Das gilt schließlich auch für Ihren Vorschlag, altersverwirrten Menschen in der Pflegeversicherung einen Zuschlag von sage und schreibe 900 DM zu geben - 900 DM nicht pro Monat, sondern pro Jahr. Das sind 75 DM pro Monat oder 2,50 DM pro Tag, meine Damen und Herren. Mit einem solchen Vorschlag geben wir den Altersverwirrten und denen, die sie pflegen, Steine statt Brot und nicht die Hilfe, die diese Menschen wirklich brauchen. Sie würden besser mit uns

gemeinsam für die richtige Hilfe sorgen. Ich glaube, dass Sie im Grunde inhaltlich auch gar nicht anderer Meinung sind.

(C)

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Kollege Arentz, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Ja. - Wenn die Kürzung der Pflegeversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose durch die Bundesregierung rückgängig gemacht würde, hätten wir 400 Millionen DM pro Jahr mehr zur Verfügung, um die Lage demenzkranker Menschen zu verbessern, aber an dieser Stelle sind Sie bisher leider stumm geblieben.

Gemessen am Anspruch von Karl Arnold, Nordrhein-Westfalen solle das soziale Gewissen dieses Landes sein, ist diese Landesregierung ohne Ziele und Visionen, sie ist unfair und ungerecht, und sie sieht schlicht und ergreifend alt aus. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Arentz. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Vöge.

(D)

Horst Vöge (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, der Kollege Arentz handelt nach dem Motto: Nur tote Indianer sind gute Indianer. Er redet über Karl Arnold als soziales Gewissen und über Johannes Rau und sagt, damals sei alles noch gut gewesen. Ich kann mich, Herr Kollege Arentz, sehr gut an Ihre Reden erinnern, als Johannes Rau Ministerpräsident war; die sahen nicht anders aus. Sie waren gezeichnet von einer Überzeichnung in der persönlichen Rede, und Ausdrücke von "ungeheuerlich" bis "soziale Schlamperei" gehörten damals durchaus zu Ihrem normalen Redefluss.

Ich habe an sich erwartet, dass Sie, Kollege Arentz, noch den verehrten Kollegen Kreutz als soziales Gewissen des Landes Nordrhein-Westfalen bezeichnen und es außerordentlich bedauern würden, dass er nicht hier ist.

Sie haben hier keine Haushaltsrede im eigentlichen Sinne gehalten, sondern Sie haben für den

(Horst Vöge [SPD])

- (A) Bundeskongress der CDA geübt und versucht, hier noch einmal mit starken Worten auf sich aufmerksam zu machen.

Es freut mich natürlich, Kollege Arentz, dass ein Bereich, den Sie sonst immer als sozial schiefelastig ansehen, heute von Ihnen nicht in dieser Weise angesprochen worden ist, weil er anscheinend auf dem richtigen Weg ist; das ist der Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktinstrumente, die das Ministerium geschaffen hat und die wir mit unterstützen, scheinen richtig zu sein und zu greifen. Zum ersten Mal seit längerer Zeit habe ich von Ihnen im Zusammenhang mit der Jobrotation eine positive Stellungnahme gehört. Das freut mich sehr. Ich glaube, dass dieser Haushaltsansatz mit der regionalen Ausrichtung und dem Controllingverfahren genau der richtige ist. Ich meine, dass wir hier insgesamt auf dem richtigen Weg sind. Außerdem schaffen wir zusätzliche Instrumente, z. B. hinsichtlich der Transfergesellschaft, der Arbeitszeitpolitik und der Frage des Überstundenabbaus. Das Instrument Jobrotation zeigt uns, dass wir an dieses Thema durchaus mit mehr Phantasie herangehen müssen,

(Beifall des Hagen Jobi [CDU])

- (B) um die Zahl der Arbeitslosen zu senken.

Auch die Zielgruppenarbeit, die von Ihnen in der Vergangenheit aufs Höchste verdammt wurde, zeigt - z. B. an "Jugend in Arbeit" -, dass die Landesregierung und die SPD zusammen mit den Grünen auf dem richtigen Weg sind, dass wir das richtige Instrument für 5.000 Langzeitarbeitslose geschaffen haben, die trotz Ihrer Skepsis aus dem Arbeitslosenmarkt herausgenommen werden konnten; bis zu 70 % haben eine langfristige Perspektive bekommen. Das ist der richtige Weg. Die Ausweitung des Instruments auf Jugendliche, die ab sechs Monate arbeitslos sind, zeigt, dass wir hier noch ein Stück mehr machen können. Ich hoffe und glaube, dass das ein erfolgreicher Weg ist.

(Beifall des Dr. Frank Freimuth [SPD])

Wir werden im Bereich "Arbeit statt Sozialhilfe", der diesmal nicht gefährdet war, wie bei anderen Arbeitsmarktprogrammen sehr gründlich darüber nachdenken, wie wir weg von einer Lohnkostenförderung und immer mehr hin zu einer Qualifikationsförderung und Qualifikationsanforderung kommen können, damit eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden kann. Wir wer-

- (C) den alle Programme daraufhin abklopfen. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Ebenfalls richtig ist, dass wir im Bereich der Sozialpolitik angesichts von 696.000 Sozialhilfeempfängern die Zusammenführung von Arbeitsamt und Sozialamt an Modellprojekten ausprobieren. Die Elemente Beratung, persönlicher Unterstützungsplan, Arbeitsvermittlung und passgenaue Qualifikation der Sozialhilfeempfänger spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Weg im Bereich der Sozialhilfe ist nicht die pauschale Beurteilung und manchmal auch Verurteilung.

Zum Bereich der Pflege. Durch das Landespflegegesetz, das wir vor Jahren gemacht haben, haben die Institutionen 1,7 Milliarden DM gewonnen. Wir haben damals im Bereich der komplementären ambulanten Dienste ein Programm gestartet, das eine Laufzeit von drei Jahren hatte. Dieses Programm war ausgelaufen. 1999 und 2000 haben wir es zugunsten der Kommunen verlängert. Wir wollen dieses Programm nun zum Endpunkt bringen, weil wir hier eine hohe Verantwortung der Kommunen sehen. Wir wollen dafür eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2002 schaffen, in der sich die Kommunen Schritt für Schritt an diesem Programm beteiligen können. Rot-Grün hat noch einmal entsprechende Summen eingesetzt, wird das Programm aber nur noch unter Beteiligung der Kommunen fortführen, weil bei ihnen letztlich die Verantwortung liegt.

Wenn wir die Anhörung zum Landespflegegesetz durchführen, werden wir über folgende Fragen diskutieren müssen: Wo gibt es Benachteiligungen? Wie sieht der Unterschied zwischen dem kreisfreien Raum und dem kreisangehörigen Raum aus? Gibt es hier unterschiedliche Profiteure? Darüber werden wir uns unterhalten müssen.

Das Thema Demenz in unterschiedlicher Ausprägung wird uns im Bereich der Pflegepolitik zukünftig deutlich und nachhaltig weiter beschäftigen. Auch ich halte das, was der Bund hier vorgeschlagen hat, für unzureichend. Ich kann nur appellieren, dass jeder auf seiner Seite dafür kämpft, etwas für den an Demenz erkrankten Menschen und dessen Angehörige zu tun. Das Ministerium, aber vielleicht auch die Stiftung sollten, wenn der Bund nichts macht, ein Modell auflegen: mit Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung. Mit einem solchen Modell, das nicht nur über ein Jahr, sondern über drei Jahre ausprobiert werden sollte, könnten gerade im De-

(D)

(Horst Vöge [SPD])

- (A) menzbereich neue, zusätzliche Erfahrungen gesammelt und die Ergebnisse in die Beratungen auf Bundesebene einspeist werden. Ich glaube nicht, dass der Bund jetzt ein großes Programm auflegen wird - obwohl das durchaus nötig wäre.

Ich meine, dass die Erhöhung der Mittel für den Behindertenbereich seitens der rot-grünen Koalition richtig war. Wir müssen auf diesen Bereich ein wachsames Auge haben.

Zum Schluss möchte ich sagen: In der Anhörung über das Landespflegegesetz werden wir uns sehr intensiv über den bürokratischen Anteil in diesem Gesetz unterhalten müssen. Wie können wir das verändern? Was können wir verbessern? Wie erreichen wir eine Novellierung, mit der wir die Investitionen neu beleben können? Auch hier liegt die alleinige Verantwortung nicht beim Land, sondern in der Hauptsache bei den Kommunen und den Landschaftsverbänden. Aber es hilft nicht, wenn wir uns darüber streiten, wer die Verantwortung trägt. Wir müssen einen gemeinsamen Weg finden.

Insgesamt halte ich den Einzelplan 15 - Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie - für gut und richtig. Ich glaube, dass die Frage des sozialen Gewissens in Nordrhein-Westfalen bei SPD und Grünen weiterhin in guten Händen ist. - Danke sehr.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Vöge. - Für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Dr. Dreckmann das Wort.

Dr. Ute Dreckmann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich zum ersten Mal den Gesamtüberblick über den Entwurf des Haushalts 2001 in der Hand hatte und gesehen habe, dass der Einzelplan 15 mit den Bereichen Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie gerade einmal 2,66 % des gesamten Haushalts umfasst - zum Vergleich: das sind knapp 10 % des Einzelplans 20, also der allgemeinen Finanzverwaltung -, war ich wirklich erstaunt; denn bis dahin hatte ich geglaubt, dass dieser Bereich in einer rot-grünen Regierung zu den wichtigsten gehören würde. Dass dies keinesfalls so ist, wurde ein zweites Mal deutlich, als wir am 13. März in der Presse lesen konnten, die geplanten Mehr-

ausgaben für die Bildung - die natürlich richtig sind - sollten vor allem durch Kürzung beim Arbeitsmarkt, bei den Wirtschaftsprojekten sowie im Gesundheitsressort finanziert werden.

(C)

Meine Damen und Herren, wir haben zurzeit 783.200 Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen. In seiner Regierungserklärung hat uns der Ministerpräsident blumenreich dargelegt, wie er noch in dieser Legislaturperiode die Arbeitslosigkeit in unserem Land auf unter 500.000, also auf etwa 6 %, senken will.

(Dr. Ingo Wolf [F.D.P.]: Hört, hört!)

Der Kollege Papke hat vorhin schon erwähnt, dass es zu Beginn der Amtsperiode 770.000 Arbeitslose in diesem Land gab. Es sind also tatsächlich nicht weniger, sondern mehr geworden. Erreichen wollte er das - so sagte es der Ministerpräsident damals - einerseits durch den sich seinerzeit gerade andeutenden Wirtschaftsaufschwung - ein zartes Pflänzchen, dessen Wachstum gerade ins Stocken kommt und das es, wie wir alle wissen, zu hegen und zu pflegen gilt, soll es nicht verwelken, bevor es kräftige Wurzeln geschlagen hat - ,

(Beifall des Dr. Gerhard Papke [F.D.P.]

andererseits durch fantasievoll betitelte Initiativen, Bündnisse und Offensiven.

(D)

Zu all diesen Maßnahmen gibt es mit viel Kosten und Aufwand erstellte, reich bebilderte Broschüren, aus denen uns unser Arbeitsminister Harald Schartau freundlich anlächelt. Unser Arbeitsminister ist sicher ein ausgesprochen rühriger und findiger Mensch mit guten Ideen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

nur die Grundeinstellung zu den Dingen stimmt nicht. Es ist nicht Aufgabe der Politik, Arbeitsplätze zu schaffen. Das kann sie gar nicht. Es ist auch nicht Aufgabe der Politik bzw. der Landesregierung, z. B. eine Zeitarbeitsfirma zu betreiben, Herr Minister Schartau, auch wenn ich Ihre Freude darüber verstehen kann, dass sich diese nun am Markt behauptet.

Aufgabe der Politik ist es, für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und für ein investitionsfreundliches Klima zu sorgen. Das sind niedrige Steuern, wenig Bürokratie, schnelle Genehmi-

(Dr. Ute Dreckmann [F.D.P.]

(A) gungsverfahren und eine kundenorientierte Verwaltung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Das sind nach wie vor Fremdwörter in unserem Land, auch wenn sich hier das eine oder andere positiv entwickelt hat.

Kommen wir zum Ruhrgebiet, der Region, aus der ich stamme. Die Arbeitslosenquote dort ist nach wie vor extrem hoch. An der Spitze liegt Gelsenkirchen mit 15,2 %. Das ist Ostniveau. Sicher: Auch im Ruhrgebiet ist in den letzten Jahren einiges in Gang gekommen; aber der Strukturwandel vollzieht sich zu langsam. Es fehlt der Druck, auch der Druck auf die Betriebe, der Mut, etwas Neues zu wagen.

Ein Beispiel: Ein Existenzgründer aus dem Ruhrgebiet entwickelt zusammen mit einem Maschinenbauunternehmen aus Niedersachsen ein weltweit einzigartiges Sonderfahrzeug für den Umweltschutz. Eine europaweite Marktanalyse bescheinigt dem Fahrzeug gute Absatzchancen in Europa und darüber hinaus. Vor Produktionsbeginn stirbt der Inhaber des Maschinenbauunternehmens. Der Sohn hat kein Interesse an der Produktion eines neuen Fahrzeugs. Unser Existenzgründer wendet sich nun an die IHK seines Wohnorts Bochum mit der Bitte, ihn bei der Suche nach einer neuen Produktionsfirma zu unterstützen. Die IHK nennt ihm mehrere Firmen aus dem näheren Umkreis, die sich mit Sonderfahrzeugbau beschäftigen. Allesamt lehnen sie ab, einen Teil des Risikos zu übernehmen und in das innovative und marktfähige Produkt zu investieren. Eine erneute Anfrage bei der örtlichen IHK verweist unseren Existenzgründer an die Zenit GmbH in Mülheim, an der u. a. das Land Nordrhein-Westfalen als Gesellschafter beteiligt ist. Diese bietet ihm an, gegen Zahlung einer gemessen an der angebotenen Dienstleistung nicht unerheblichen Gebühr die Datenbank nach einem geeigneten neuen Geschäftspartner zu befragen. Unser Existenzgründer verlässt daraufhin mit dem Hinweis, das Internet könne er auch selbst zu Rate ziehen, den Ort des Geschehens und beschließt, die Entwicklung des Fahrzeugs auf Eis zu legen und sich ein anderes Betätigungsfeld zu suchen. Schließlich muss der Mensch ja auch von etwas leben. Er ist inzwischen in die Beraterbranche abgewandert. - Statt eines neuen Produkts und zahlreicher neuer

(B)

Arbeitsplätze entstand genau ein Arbeitsplatz und kein zukunftsweisendes Produkt.

(C)

Meine Damen und Herren, die Menschen im Ruhrgebiet wissen seit langem, dass die Zeit der Steinkohle zu Ende geht.

(Beifall des Dr. Ingo Wolf [F.D.P.]

In vielen Städten gibt es schon lange keine Zechen mehr. Die Menschen werden sich aber so lange mental an die Tradition klammern, wie ihnen von der Politik erzählt wird, die Steinkohleförderung gehe weiter.

Die jungen Leute, die dort heute immer noch ausgebildet werden, sind die Arbeitslosen von morgen. Wäre es nicht viel sinnvoller, ihnen das auch zu sagen? Wir, die F.D.P., tun dies, und zwar schon seit langem.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Gott sei Dank gibt es im Ruhrgebiet inzwischen viele Menschen, die den Sprung in die Selbstständigkeit wagen und denen dabei keine bürokratische Hürde zu hoch ist. Meine Damen und Herren, wer will sich aber in einer Region ansiedeln, die aus ideologischen Gründen im Dauerstau erstickt? In Bochum wird gerade die Bochumer Lösung hin- und hergeschoben. Ich glaube nicht, dass ich - ich bin jetzt 50 Jahre alt - noch irgendwann erleben werde, dass diese Straße wirklich gebaut wird.

(D)

Die Arbeitsämter in unserem Land sind überlastet und überfordert. Wer älter als 40 Jahre und arbeitslos ist, wird bestenfalls verwaltet. Wer jünger ist, durchläuft oft ziellos mehrere Umschulungs- und Fortbildungsprogramme, um letztendlich nach einer Zeit als Dauer-ABMler in der Frührente zu landen.

Den Fall der Theologin, die erst zur Euro-Betriebswirtin und dann zur Dozentin in der Erwachsenenbildung umgeschult wurde und sich schon seit Jahren von einer ABM-Stelle zur nächsten durchhangelt, habe ich schon einmal in diesem Haus geschildert. Dieses Beispiel ist kein Einzelfall. Ich könnte Ihnen noch etliche andere nennen.

Der hohen Zahl der Arbeitslosen steht eine zunehmend hohe Zahl freier Stellen gegenüber, die nicht besetzt werden können.

Der "Spiegel" hat Recht. Etwa die Hälfte aller Arbeitslosen steht dem Markt überhaupt nicht zur

(Dr. Ute Dreckmann [F.D.P.]

- (A) Verfügung. Viele Menschen sind zwar arbeitslos, aber aus den verschiedensten Gründen gar nicht auf Jobsuche. Auch in diesem Fall hat der "Spiegel" Recht. Die teuren Arbeitsmarktprogramme dienen in erster Linie als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die mit der Durchführung betrauten öffentlichen Bildungseinrichtungen, Behörden und Beschäftigungsgesellschaften.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch dies habe ich an anderer Stelle bereits erklärt. Mittelkürzungen in diesem Bereich wären also durchaus sinnvoll.

Deshalb hat die F.D.P.-Fraktion zusammen mit der CDU-Fraktion im Ausschuss für die Streichung des 11 Millionen-Betrages für das Modellvorhaben "Soziale Wirtschaftsbetriebe" gestimmt. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen soll das Programm stattdessen noch um 4,7 Millionen DM erhöht werden. Das ist eine glatte Fehlinvestition.

Kürzungen waren stattdessen insbesondere in der Behindertenpolitik und bei den Pflegebedürftigen geplant, also bei den Menschen, die sich schlecht selbst wehren können und ganz besonders auf unsere Hilfe angewiesen sind. Herr Kollege Arentz hat vorhin das Wesentliche dazu gesagt. Dem schließe ich mich an. Es ist sicher nicht zuletzt dem großen Druck der sozialen Verbände zu verdanken, dass die Kürzungen zum Teil zurückgenommen werden sollen.

- (B) Meine Damen und Herren, für die F.D.P. ist die Mittelvergabe im Bereich Arbeit und Soziales nicht akzeptabel.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Dr. Dreckmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Steffens das Wort.

Barbara Steffens (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den Beitrag meines CDU-Kollegen Arentz habe ich mich gewundert. Herr Arentz, wenn Sie einen Teil Ihrer Betroffenheit, die Sie so deutlich artikuliert haben, in der Vergangenheit, als die CDU im Bund die Regierung stellte, als soziales Gewissen in der CDU eingesetzt hätten, hätten wir viele der von Ihnen heute angemahnten Probleme nicht.

Als ein Beispiel vorab nenne ich die Demenzerkrankungen. Das Pflegegesetz und die Tatsache, dass die Demenzerkrankungen nicht in der Pflegeversicherung enthalten sind, ist entstanden, weil das soziale Gewissen bei der CDU damals versagt hat, weil es nicht darauf eingewirkt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie versucht hätten, Ihre Betroffenheit ein Stück mehr konstruktiv umzusetzen, wären in der Vergangenheit manche Sachen nicht so zustande gekommen. Vielleicht kann man das in der Zukunft eher konstruktiv nutzen.

(Zuruf von der CDU)

Ich will aber mit einem anderen Punkt beginnen, der mir zunächst wichtiger erscheint, als auf Ihre leeren Argumente einzugehen, nämlich mit der Situation am Arbeitsmarkt und damit, was dazu im Einzelplan 15 bewirkt worden ist.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: 62 Millionen DM weniger!)

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich leicht verbessert. Auch diesbezüglich kann ich nur sagen: Dass wir in eine Situation der Massenerwerbslosigkeit gekommen sind, ist nicht die Auswirkung einer rot-grünen Bundesregierung, sondern einer anderen Bundesregierung, an der Sie beteiligt waren. Daher muss man meiner Meinung nach auch damit fair umgehen.

In Nordrhein-Westfalen werden wir weiterhin durch vielfältige Maßnahmen Angebote für Erwerbslose schaffen und schaffen müssen. Wir brauchen nicht weniger Maßnahmen, sondern wir brauchen eine weitere Ausdifferenzierung; denn auch Ihnen wird klar sein, dass es nicht "die Maßnahme" für alle Erwerbslosen gibt.

Durch die Regionalisierung der Arbeitsmarktprogramme haben wir noch stärker als bisher die Aufgabe zu überprüfen, welche Maßnahmen greifen und welche an den Betroffenen vorbei konzipiert sind; "vorbei konzipiert" heißt: mit dem Hauptziel der Entlastung öffentlicher Haushalte statt der Eröffnung einer beruflichen Perspektive für die Betroffenen.

Wir brauchen aber auch eine stärkere Vernetzung der Beteiligten, einen Abbau der Kirchturmspolitik, bei der sich die Kommunen und der Bund jeweils nur für diejenigen Menschen zuständig füh-

(C)

(D)

(Barbara Steffens [GRÜNE])

- (A) len, die ihren eigenen Haushalt betreffen. Diese Verschiebung zwischen den Haushalten statt konstruktiver Arbeitsmarktpolitik muss endgültig aufgehoben. Ich bin der Auffassung, einige Konzepte der nordrhein-westfälischen Landesregierung werden dazu ihren Beitrag leisten.

Konkret bedeutet das aber auch eine ständige Überprüfung laufender Programme, eine Weiterentwicklung und Veränderung hin zu mehr Passgenauigkeit und hin zu einer stärkeren Betrachtung und Begleitung der erwerbslosen Menschen.

Deshalb haben wir im Einzelplan 15 bezogen auf die Arbeitsmarktpolitik drei Verbesserungen vorgenommen. Zum einen haben wir trotz der Sparstrumpfträume aller anderen Fraktionen das erfolgreiche Programm zur Integration Langzeiterwerbsloser, die "Sozialen Wirtschaftsbetriebe", sowohl bei den Barmitteln als auch bei den Verpflichtungsermächtigungen erhöht, nämlich mit dem Ziel, zusätzliche neue soziale Wirtschaftsbetriebe in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen und damit auch die Vielfalt zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Bei dem Wiedereingliederungsprogramm haben wir uns entschieden, es nicht einfach wegen der Regionalisierung der Arbeitsmarktprogramme ersatzlos zu streichen, sondern den Haushaltstitel aufrechtzuerhalten und nach einer Überprüfung der Zielvereinbarung neu zu entscheiden, was aus dem erfolgreichsten Arbeitsmarktprogramm des Landes perspektivisch wird.

Auch beim Landesprogramm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" haben wir die Barmittel erhöht und damit wieder die rund 4 Millionen DM eingesetzt, die auch im Jahre 2000 zur Verfügung standen, und ebenfalls die Verpflichtungsermächtigungen erhöht. Das Programm bleibt weiterhin wichtig, um jungen Frauen die Türen zu von Männern dominierten Bereichen zu öffnen, was zwar zum Teil gelungen ist, aber immer noch nicht in dem Maße, wie es geschehen muss.

Arbeitsmarktpolitik heißt aus unserer Sicht aber auch Weiterbildung. Dem Einzelplan 15 ist seit Neubildung der rot-grünen Regierung auch der Bereich der Weiterbildung und der politischen Bildung zugeordnet. Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen sind für unsere Wissensge-

sellschaft zunehmend unverzichtbar. Von daher haben wir in den Haushaltsberatungen die durch die Landesregierung vorgenommenen Kürzungen ausnahmslos zurückgenommen, auch um die Verlässlichkeit in der Trägerlandschaft, die gerade mit Blick auf die letzte Legislaturperiode, auf die Novellierung des Weiterbildungs- und des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes, notwendig war, in diesem Land herzustellen.

Arbeitsmarktpolitik heißt aber auch Technologiepolitik. Auch im Technologiebereich und bei der Förderung ist es grünes Ziel, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Der Haushaltsansatz aus dem letzten Jahr ist daher insgesamt in diesem Bereich gehalten worden. Insbesondere durch die Weiterentwicklung innovativer sozial und ökologisch verträglicher Techniken muss die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen gesteigert werden.

Ein hervorragendes Beispiel hierfür sind Organisations- und Managementprojekte, die die Umwelt durch Ressourcen- und Umweltschonung entlasten. Deshalb liegt der Schwerpunkt der Landesförderung bei der Erarbeitung neuer technischer Lösungen und deren erstmaliger Umsetzung in neue Projekte und Verfahren, bei neuen Anwendungsmöglichkeiten, notwendigen betriebsspezifischen Optimierungs- und Anpassungsentwicklungen und Verfahren für die erstmalige Markteinführung.

Hierbei ist es im Sinne der Haushaltsklarheit und -effizienz aus meiner Sicht allerdings wenig hilfreich, dass die Technologiepolitik auf mehrere Häuser verteilt ist. Ich finde, darüber muss man nachdenken.

Und, in die Zukunft geschaut, müsste gerade vor dem Hintergrund des Anliegens aller, zu mehr Haushaltseffizienz zu kommen, überlegt werden, ob man das Prinzip des BAföG nicht auch auf Technologieförderung übertragen kann. Ich frage mich, warum ein Unternehmen, das ein Produkt durch die Förderung zur Marktreife und zur Gewinnbringung hat führen können, nicht Anteile der Förderung zurückzahlen soll, um neue Investitionen zu ermöglichen. Was für Studierende gilt, kann meiner Meinung nach auch für Unternehmen gelten.

Der Einzelplan 15 umfasst aber weitere sehr wichtige Bereiche. Bei den sozialen Hilfen möchte

(C)

(D)

(Barbara Steffens [GRÜNE])

- (A) ich nur beispielhaft kurz auf das Thema Hilfen für Wohnungslose eingehen, das wir Grüne in der vergangenen Legislaturperiode dadurch, dass wir es erreichten, dass ein Förderprogramm für Modellprojekte für Hilfen für Wohnungslose eingerichtet wurde, stark nach vorne gebracht haben. Dieses Programm "Hilfen für Wohnungslose" hat gerade auf kommunaler Ebene ein sehr hohes Interesse ausgelöst. Wenn man sich anguckt, dass es dazu bislang rund 80 Projekte in Nordrhein-Westfalen gibt, zeigt dies, wie wichtig es gewesen ist, die VE wieder zu erhöhen.

Auf den Punkt, der von Ihnen, Herr Arentz, angemahnt worden ist, nämlich komplementäre ambulante Dienste, will ich als Letztes eingehen. Ich finde es schon ziemlich anmaßend von Ihnen, sich hier hinzustellen und dem Land vorzuwerfen, wir würden uns der sozialen Verantwortung entziehen. Nein, nein, das tun wir nicht.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Doch!)

Es gibt eine klare gesetzliche Regelung der Zuständigkeiten. Zuständig für die Sicherung der komplementären ambulanten Dienste sind nach Gesetz die Kommunen. Trotzdem hat das Land bis 1998 freiwillig ein Programm aufgelegt. Auch darüber hinaus ist durch unser grünes Engagement immer wieder eine weitere Förderung durch das Land durchgesetzt worden. Irgendwann muss aber Schluss sein. Irgendwann müssen auch die Kommunen die Verantwortung übernehmen, die ihnen per Gesetz obliegt, damit das Land die frei werdenden Mittel für das nutzen kann, was Landesaufgabe ist, nämlich die Weiterentwicklung.

- (B) Das, was Sie hier betreiben, ist ein Ablenkungsmanöver, und zwar davon, dass Kommunen sich ihrer Verantwortung entziehen und vor allen Dingen auch Ihre Kommunen unter CDU-Beteiligung. Ich kann nur sagen: Wir haben jetzt einen Kompromiss ausgehandelt,

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

einen Kompromiss auf den Tisch gelegt, der besagt: Wir als Land fördern, obwohl wir nicht verantwortlich sind, in einer 50-prozentigen Höhe weiter. Die Kommunen sollen wenigstens die Hälfte dessen, was sie leisten müssen, jetzt erstmalig leisten. Wenn sie mit der Hälfte einsteigen, bekommen sie die Hälfte von uns dazu. Das müssen wir nicht, sondern wir tun es freiwillig. Und

uns da soziale Kälte oder sonst etwas vorzuwerfen, halte ich für schlichtweg unverschämt.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Aufgabe des Landes, der Weiterentwicklung, werden wir selbstverständlich gerecht. Wir haben auch da die Mittel eingesetzt. Wir haben die Mittel auf unsere Initiative hin in dem gesamten Bereich um 6 Millionen DM erhöht, was man nicht von der Hand weisen kann. Wir haben die Mittel erhöht und werden die Weiterentwicklung gerade im Bereich Hilfen für an Demenz erkrankte Menschen betreiben, was nicht notwendig wäre, wenn wir damals eine funktionierende, mit sozialem Gewissen ausgestattete Bundesregierung gehabt hätten.

Wir werden die sozialen Netze weiterentwickeln, und wir werden Projekte im Bereich der Übergangspflege fördern. Ich empfinde die Vorwürfe als haltlos. Wir haben gerade in dem Bereich jetzt noch einmal mit dem Haushalt einen draufgesattelt.

Ein letzter Punkt: Sie führen immer die Wohlfahrtsverbände an. Herr Arentz, machen Sie sich doch einmal die Mühe, deren Stellungnahmen zu dem veränderten Haushaltsentwurf zu lesen. Denn da gibt es selbst aus den Reihen der größten Kritiker dieser Landesregierung positive Meinungen, die im Bund-Länder-Vergleich Nordrhein-Westfalen nach wie vor als das soziale Gewissen in der Bundesrepublik einstufen. Wenn Sie die Stellungnahmen lesen, wird es Ihnen vielleicht peinlich sein, was Sie in machen Passagen heute gesagt haben.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Steffens. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Schartau das Wort.

Harald Schartau, Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dreckmann, ich kann Ihnen meinerseits schon jetzt zusagen, dass ich Sie bei Ihren Bemühungen, in der F.D.P. eine sozialpolitische Kontur zu erhalten, tatkräftig unterstützen werde.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Horst Vöge [SPD]: Wir kommen!)

(Minister Harald Schartau)

- (A) Ich gebe Ihnen in diesem Zusammenhang von Anfang an einen Tipp, weil ich zu den Politikern gehöre, die jenseits von Säbelrasseln, wie das Herr Arentz hier gemacht hat, hinhören, ob hinter dem lauten Knall vielleicht noch eine gute Idee steckt. Deshalb, Herr Arentz, eine Vorbemerkung zu Ihnen: Ich habe es mir von Anfang an nicht angewöhnt zu behaupten: Wenn viel Geld investiert wird, muss es gut sein. Ich weiß: Zuerst kommt eine gute Idee. Dann muss man sehen, gegebenenfalls auch in der Solidarität aller Sozialpolitiker, ob man sie finanzieren kann.

Und wir werden in den nächsten Jahren verdammt gute Ideen brauchen. Denn die großen Herausforderungen, vor denen wir in diesem Land stehen, und zwar nicht nur in der Sozialpolitik, sondern ebenso in allen anderen politischen Bereichen, und vor denen auch die Bevölkerung im Ganzen steht, sind vollkommen klar:

Erstens. Die Menschen werden älter; das ist wunderbar. Wir müssen überlegen, wie man in dieser Gesellschaft bis ins hohe Alter hinein, insbesondere als behinderter Mensch, als pflegebedürftiger Mensch oder als Mensch mit Demenz, würdevoll leben und möglichst barrierefrei am wirtschaftlichen Leben teilhaben kann. Um das hinzubekommen, brauchen wir viele Ideen.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Zweitens. Unsere Gesellschaft liegt mitten in Europa und die Grenzen werden immer durchlässiger. Wir müssen also in einer Zeit, in der der völlige Wegfall von Grenzen auf uns zukommt, dafür sorgen, dass sich die Bevölkerung in unserem Land geborgen fühlt. Deswegen müssen wir den vermeintlichen Gegensatz von Grenzenlosigkeit und Geborgenheit aufbrechen. So dürfen wir in die einzelnen Politikfelder nicht an einer Stelle diejenigen schicken, die auf die New Economy achten, und an anderer Stelle diejenigen, die sich in der Verkehrspolitik wohlfühlen, sondern wir müssen, wie es in vielen Bereichen der Wirtschaft heute schon der Fall ist, in Prozessen denken und immer versuchen, alle mitzunehmen, die bei uns in Nordrhein-Westfalen leben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Herr Weisbrich, dem ich dies im Wirtschaftsausschuss schon einmal erklärt habe, immer noch das Vorurteil aus ältester Zeit pflegt, dass es sich in den Unternehmen noch jemand leisten könne, in Sparten zu denken - einer ist

- dafür zuständig, ein anderer dafür und ein Dritter dafür -, dann kann ich ihm nur empfehlen, einmal in irgendein Unternehmen zu gehen, damit er erkennt, dass man in den Unternehmen heutzutage nur dann vorankommt, wenn man in Prozessen denkt: wenn man Technologien entwickelt, wenn man die entsprechende Qualifikation entwickelt, wenn im Unternehmen die entsprechende soziale Kompetenz nach vorne gebracht wird und wenn vor allen Dingen die Menschen in den Unternehmen das Gefühl haben, sie würden in ihrer gesamten Kompetenz auch ernst genommen.

Für mich gibt es keine moderne Gesellschaft, die auf der einen Seite aus Neuer Ökonomie, aus Start-ups und Freelancern und auf der anderen Seite aus einer "ollen Gesellschaft" besteht, Herr Arentz, Frau Dreckmann und Frau Steffens, um die sich die Sozialpolitiker, die Diakonie und die Kirchen kümmern. Für mich sind moderne Gesellschaften dadurch gekennzeichnet, dass sie soziale Gerechtigkeit zum Ausdruck bringen, indem sie die Gesellschaft im Ganzen betrachten und niemand von den Fortschritten ausgespart wird, die wir in unserer Gesellschaft machen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (D) Ich komme zum Bereich Qualifizierung. In den letzten Monaten wird Qualifizierung oft mit den Worten "lebenslanges Lernen" und "Tor zur Wissensgesellschaft" verbunden. In diesem Zusammenhang tragen wir in Nordrhein-Westfalen eine große Verantwortung für die Menschen an Rhein und Ruhr, in Gelsenkirchen, in Bochum, in Arnsberg und in Herford. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur ein kleiner Teil der Menschen durch das Tor zur Wissensgesellschaft hindurch kommt, während der Rest mit großen Augen davor steht. Nach meiner Auffassung müssen wir uns anstrengen, dass wir über die berufliche Erstausbildung zu Qualifizierungssystemen in den Unternehmen und im außerbetrieblichen Bereich kommen, die es ermöglichen, die gesamte nordrhein-westfälische Gesellschaft durch das Tor zur Wissensgesellschaft zu führen und den Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, an den Fortschritten dieser Gesellschaft teilzuhaben. Wir müssen also in unserem Land Qualifizierungssysteme entwickeln, die es den Beschäftigten in den Unternehmen ermöglichen, sich nach der beruflichen Erstausbildung auf Dauer im Qualifikationsprozess fortzuentwickeln und lebenslanges

(Minister Harald Schartau)

- (A) Lernen nicht als Bedrohung, sondern als Chance für sich selbst zu empfinden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, in der Arbeitsmarktpolitik ist in der Tat vieles vorhanden. Frau Dreckmann, ich gebe Ihnen vollkommen Recht: Das Anliegen der Regierung kann es nicht sein, Arbeitsplätze zu schaffen. Wir unterstützen dies und wir wollen, dass die Unternehmen in der Lage sind, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen. Aber wir können im Hinblick auf die Menschen, deren Arbeitsplätze bedroht sind, Überlegungen anstellen, wie diese Menschen nicht erst über den Umweg einer Arbeitslosigkeit, die bei vielen auch zu persönlichen Problemen führt, irgendwann wieder in Beschäftigung kommen, wie wir also einen Transfer organisieren können. Wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, dass für manche die Leistung der Arbeitslosenversicherung lediglich darin besteht, dass man bei Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld erhält. Vielmehr muss die Versicherungsleistung künftig darin bestehen, demjenigen, der seinen Job verliert und aus eigener Kraft nicht sofort einen neuen findet, eine professionelle Assistenz zu gewährleisten, die ihm hilft, in ein neues Beschäftigungsverhältnis hinein zu kommen. Damit vermeiden wir Arbeitslosigkeit schon am Anfang und sorgen dafür, dass Langzeitarbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auf die Älteren in dieser Gesellschaft zu sprechen kommen. Es ist makaber, dass man in einer Zeit, in der der eine oder andere davon redet, die Rente müsse viel später einsetzen, weil wir alle älter werden, Arbeitslose heute schon mit 40 Jahren kaum noch eine Chance haben, wieder einen Job zu bekommen. Wo leben wir denn? In einer Gesellschaft, in der man aufgrund des Alters diskriminiert wird, möchte ich als Politiker jeden Tag dafür sorgen, dass dieses diskriminierende Element aufgehoben wird, indem wir den Menschen wieder eine Perspektive in den Betrieben verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Auf diesem Gebiet werden Sie auch in nächster Zeit einen rührigen Arbeitsminister erleben, der -

- hoffentlich mit Ihrer Unterstützung - eine Menge in Bewegung setzen möchte. (C)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu zwei, drei von Ihnen direkt angesprochenen sozialpolitischen Fragen, zunächst zum Bereich Pflege. Zunächst einmal bin ich außerordentlich stolz auf das, was wir seit 1996 in Nordrhein-Westfalen mit den Verbänden, mit den engagierten Menschen in den Pflegeeinrichtungen, ob ambulant oder stationär, mit den Politikern, die sich diesem Ziel verpflichtet fühlten, und mit den engagierten Bürgern aus dem Boden gestampft haben. Das war ganz hervorragend.

Jetzt stehen wir vor großen neuen Herausforderungen: Sanierung der Häuser, neue Investitionen, die Frage, wie wir es hinbekommen, dass möglichst wenige Leute in die stationäre Behandlung kommen, und möglichst viele weiterhin in ihren eigenen vier Wänden leben können. Dazu ist mein Stil: Ich werde heute nicht darauf herumhauen, dass die Kommunen gespart haben und jetzt gefälligst bezahlen müssen, und werde auch nicht auf Leute einschlagen, die öffentlich Schwarzer Peter spielen, weil ich zu denen gehöre, die denjenigen, die in Pflege kommen, deren Angehörigen sowie den Pflegekräften Lösungen anbieten möchten. Daher lade ich Sie und alle anderen ein, die sich jetzt noch darin gefallen, über Geld zu reden, mit mir gute Lösungen zu finden, die den Betroffenen helfen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Genauso sehe ich es auch im Bereich der Behinderungen. Lassen Sie mich an diesem Punkt noch einen Augenblick verweilen. Ich bin hier Überzeugungstäter und gehöre zu denen, die sagen, wir müssen jede Barriere beseitigen, die wir behinderten Menschen aus dem Wege räumen können, damit sie am ganz normalen Leben teilnehmen können. Wir müssen jede Chance nutzen, Ihnen ein eigenständiges Leben zu eröffnen, so weit es eben geht. Dazu gehören in allererster Linie auch wieder gute Ideen.

Im Bereich der Behinderungen erleben wir einen gewaltigen Veränderungsprozess; denn der medizinische Fortschritt hat auch die behinderten Menschen in diesem Lande erreicht. Die behinderten Menschen können älter werden. Die Werk-

(D)

(Minister Harald Schartau)

- (A) statt für Behinderte wird nur noch eine Station sein. Was geschieht danach? Viele Eltern von behinderten Menschen machen sich große Sorgen darüber: Was wird mit meinem behinderten Kind, wenn ich selbst nicht mehr kann?

Hier kommt eine gewaltige gesellschaftliche Aufgabe auf uns zu. Zunächst ist zu analysieren, was wir für behinderte Menschen im Verlauf ihrer Biographie haben. Dann ist festzulegen, wo wir jetzt sukzessive die nächsten Schritte gehen, um es auch durchzuhalten, dass wir behinderten Menschen in Nordrhein-Westfalen sagen: Wir achten darauf, dass ihr gleichgestellt seid. Wir achten darauf, dass die Barrieren aus dem Weg kommen. Wer euch wegen der Behinderung diskriminiert, der hat es nicht nur mit dem sozialdemokratischen Arbeitsminister zu tun, sondern der hat die Schwarzen, die Grünen und die Gelben gleichzeitig am Hals! Das ist in dem Zusammenhang mein Ziel.

(Beifall bei SPD, CDU und GRÜNEN)

- (B) Lassen Sie mich noch kurz zu einem letzten Thema, dem Bereich der Technologie, kommen. Mein großes Anliegen ist auch im Bereich der technologischen Entwicklung, trotz der Freude darüber, dass sich eine neue Ökonomie entwickelt, immer wieder darauf hinzuweisen: Die dynamische Bestandsentwicklung der vorhandenen Industrien und Handwerksbereiche wird auch zukünftig der maßgebliche Arbeitgeber in diesem Land sein. Deshalb kommt es darauf an, dass sich Ideen, Gedanken und Strukturen der neuen Ökonomie mit der Kompetenz und der Erfahrung der vorhandenen Industrie in einer Synthese zur Zukunft des Landes entwickeln, und dafür möchte ich eintreten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Degen das Wort.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Aber ich halte es für wichtig, noch einmal zu demonstrieren, dass die Zuständigkeit für den Bereich Weiterbildung weiterhin beim Ausschuss für Schule und Weiterbildung liegt.

(C) Wir haben unsere Verlässlichkeit gegenüber den Trägern der Weiterbildung gezeigt. Wir hatten versprochen, keine Einrichtung soll mehr Geld kriegen, aber sie bekommen in den nächsten fünf Jahren auch nicht weniger Geld. Dieses Versprechen haben wir eingehalten. Alle Haushaltsansätze sind auf den alten Stand aufgebessert worden.

Wir haben zusätzlich noch 40.000 DM eingesetzt, damit ein Berichtswesen erarbeitet werden kann, das uns zukünftig die Entwicklungen der Weiterbildungseinrichtungen auf dem Wege zur neuen Finanzierung transparent macht.

Ich habe von dem Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung ein Schreiben erhalten:

"Mit Sympathie verfolgen wir das Programm 'Vorrang für Bildung'. Eine leichte Sorge beschleicht mich aber doch: Auch in Zukunft, zumindest bis 2005, bitte nicht Schule auf Kosten der Weiterbildung fördern!"

(D) Ich kann den Geschäftsführer beruhigen. Der Haushalt zeigt, dass wir verlässlich sind. Wir machen es nicht so wie die CDU in Hessen, die zusätzliche Lehrerstellen zum Teil durch Kürzung eines Drittels der Zuwendungen für die Weiterbildung finanziert hat. Nein, wir halten unser Wort. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Degen. - Weitere Wortmeldungen zum Teilbereich "Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie" liegen nicht vor.

Wir kommen zum Teilbereich

b) Migration

Zunächst spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Zylajew.

Willi Zylajew (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass wir uns alle in den Beratungen der letzten Monate darüber verständigt haben, dass wir eine Bündelung der Kräfte, eine Umschichtung benötigen, um zu einer Offensive im integrationspolitischen Bereich im Lande zu kommen. Wir haben uns bei Haushaltsplanberatungen, bei der Diskussion über

(Willi Zylajew [CDU])

- (A) den Haushalt an diesen Vorstellungen orientiert und müssen nüchtern feststellen, dass der Haushalt selbst kein Spiegel einer guten Integrationspolitik und einer guten Arbeit für Migranten darstellt.

Der Umgang mit den Chancen für Migranten insbesondere mit den gläubigen Moslems und mit den Kindern der Muslime, Herr Minister, ist - ich denke, das wissen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen im Kabinett auch - ein Stück weit unfair. Mit einer gewissen bürokratischen Kälte gehen Sie über die wirklichen Bedürfnisse der Menschen hinweg und orientieren sich an der Fortsetzung einer Politik, die wir eigentlich ad acta legen sollten.

Im Interesse einer fraktionsübergreifenden Neuausrichtung haben wir darauf verzichtet, die für unser Empfinden schon konzeptionslose und teilweise auch schlaftrunkene Politik in diesem Bereich im Detail zu kritisieren - immer in der Hoffnung, dass wir bis zur Jahresmitte zu einer einvernehmlichen Ausrichtung kommen.

Lassen Sie mich dennoch zwei Bereiche kurz aufzeigen, die für unser Empfinden schon jetzt einer anderen Gewichtung bedürft hätten, die Sie aber leider nicht mitzutragen bereit sind.

- (B) Dies ist zum Ersten der Bereich des islamischen Religionsunterrichts. Rein rechtlich gesehen, müssen wir festhalten, dass Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz objektiv eine Pflicht des Staates darstellt, islamischen Religionsunterricht anzubieten. Darauf haben letztendlich die Eltern, die Schülerinnen und Schüler, die Religionsgemeinschaften einen Anspruch. Gesellschaftlich betrachtet muss es doch in unserem Interesse liegen, dass die Vermittlung von Werten, das Angebot der Glaubensvermittlung, die Glaubensprägung in der Schule für Muslime in gleicher Form angeboten wird wie für die Kinder aus christlichen Familien oder für die Kinder jüdischen Glaubens.

Zwischenzeitlich ist die muslimische Religionsgemeinschaft die drittgrößte Gruppe in unserer Gesellschaft. Wir geben ihnen aber keinerlei Hilfen, ihren Glauben in der Schule vermittelt zu bekommen. Dabei sind wir sicher, dass ein europäischer Islam, der die Aufklärung verarbeitet hat, einen guten Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft leisten kann und wird. Wir müssen so bald wie möglich die Lehrerinnen und Lehrer für den Islamunterricht ausbilden. Wir brauchen dazu

einen Lehrstuhl für Religionspädagogik. Im Haushaltsplanentwurf finden wir dazu Null.

(C)

Dann haben wir nach einigen Mühen versucht, zumindest eine Anschubfinanzierung rein zahlenmäßig zu greifen und kommen zu dem Ergebnis, dass 300.000 DM ausreichen würden, um einen Lehrstuhl für das Wintersemester 2001/2002 zu installieren. Sie sagen simpel, hart und kalt: Nein, wollen wir nicht; das ist es uns nicht wert. Ich halte das für ein Stück beschämend.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wieder ein Jahr Zeit vertan. Hier sind Integrationschancen, die wir einfach nicht nutzen. Ihnen ist die Schließung dieser Gerechtigkeitslücke gegenüber den Muslimen nicht einmal 300.000 DM wert.

Zweiter Bereich: vorschulische Förderung der deutschen Sprache in Migrantenfamilien. Glücklicherweise werden wir uns auch hier langsam einig - zumindest im Fachausschuss - und sagen: Diese Sprachförderung im vorschulischen Bereich ist wichtig, sie ist durch nichts zu ersetzen, die können wir später nicht aufholen. Selbst Frau Behler - das ist zumindest für mich faszinierend - hat schon gemerkt, dass wir in dem Bereich Defizite haben. Selbst sie, die Schulministerin des Landes, ist zwischenzeitlich bereit, dafür Mittel einzusetzen. Ich finde das toll. Ich habe bei ihr außerhalb der Baumschule selten Kompetenz erlebt. Aber in dem Bereich Respekt, Frau Behler. Das ist ein vernünftiger Ansatz. Da müssen wir sicherlich etwas tun.

(D)

Nun sagen Sie, wir bieten den Schulträgern 3.000 DM für 120 Stunden à 25 DM. Damit decken Sie nicht einmal die Hälfte der Kosten ab, die eine pensionierte Lehrerin oder ein pensionierter Lehrer - Besoldungsgruppe A 12 - haben will, wenn er in diesem Bereich unterrichtet. Aber das ist schon einmal ein Ansatz. Das geht in die richtige Richtung. Nur setzt diese Hilfe, wenn ich die Schulkarriere eines Kindes sehe, schlichtweg zu spät ein.

Wo haben wir denn die Probleme? Das erlebt jeder von uns im Wahlkreis: Wie viele Kinder aus Migrantenfamilien schaffen schon die erste Klasse nicht mehr, weil sie Sprachdefizite haben! Da wird schon am Ende der ersten Klasse überlegt, ob der Weg sofort oder mit einer Verzögerung von ein oder zwei Jahren zur Sonderschule geht.

(Willi Zylajew [CDU])

- (A) Das kann doch nicht richtig sein. Die Hilfe muss erfolgen, bevor die Kinder in die Grundschule kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen in den Kindergärten Entsprechendes tun.

Nun haben wir vorgeschlagen, für das Kindergartenjahr 2001/2002 - wieder eine mäßige Forderung - 11 Millionen DM bereitzustellen. Auch hier - dass im Haushaltsentwurf nichts war, hat uns nicht überrascht - gab es letztlich eine Abfuhr durch die Koalitionsfraktionen. Darüber sind wir enttäuscht. Das sage ich in aller Offenheit. Diese beiden Summen, einmal 300.000 DM und einmal 11 Millionen DM, hätten wir gemeinsam bereitstellen können und müssen, wenn wir uns wirklich am Interesse der Menschen orientieren, was wir tun.

Bei unserem Fachkongress haben alle, auch alle Experten, erklärt, dass dies die richtigen Ansätze sind, dass wir hier keine weitere Zeit vertun dürfen. Wir haben Ihnen mit wenigen Anträgen und geringen finanziellen Forderungen versucht, eine Brücke zu einem vernünftigen Weg hin zu bauen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie dies nicht wollen. Es ist schon eine integrationspolitische Blockade, die Sie hier an den Tag legen.

(B)

(Beifall bei der CDU - Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Du liebe Güte!)

Dies steht vollkommen im Gegensatz zu dem, was Sie sonst immer erklären.

Jetzt will ich dem Kollegen Hejo Arentz, was ich nicht gerne tue, ausdrücklich widersprechen. Ich bin hier ganz anderer Auffassung als er. Die Regierung sieht mit diesen Positionen nicht alt aus. Nein, sie ist so uralt, dass man sie nur noch als Mumie nutzen kann. Wer heute in der Integrationspolitik nicht Mittel und Personal bereitstellt, versündigt sich schlimmer, als es die Pharaonen Ägyptens getan haben an den Menschen, die ihnen eigentlich am Herzen liegen sollten. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Ramses scharrt!)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Zylajew. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Dedanwala das Wort.

(C)

Vera Dedanwala (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war ja ein erregender Auftritt von Herrn Zylajew. Nun muss ich sagen: Dass die CDU für sich seit einem halben Jahr die Integrationspolitik entdeckt hat, ist ein Novum.

(Zurufe von der CDU - Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Dass er mit diesem tragenden Ton hier vorgetragen hat, wo wir uns alle versündigen, obwohl wir doch alle in den Koalitionsfraktionen seit zehn Jahren intensiv - das gilt für meine Person - an diesem Thema arbeiten, das ist wohl ein Witz. Herr Zylajew, es ist ein Witz.

Meine Damen und Herren, das Thema Migration hat seit der Green-Card-Debatte im vergangenen Frühjahr mit der Eröffnung der CeBIT in Hannover einen neuen Schub in unserem Land erhalten, in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Nordrhein-Westfalen. Wir haben registriert, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt das Thema Migration halbwegs ehrlich behandelt worden ist, auch als ein Thema von Zuwanderung in unser Land.

(D)

Denn bislang haben insbesondere Ihre Kolleginnen und Kollegen, Herr Zylajew, sich dem Thema Zuwanderung überhaupt nicht gestellt, sondern gesagt: Wenn die hier die Arbeit fertig haben, gehen die alle wieder nach Hause. Insofern war das doch für Sie gar kein Thema.

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen eine sehr fundierte Erfahrung mit Zuwanderung gesammelt.

Über viele Jahrzehnte hinweg hat sich die Landesregierung der Integrationsarbeit gestellt. Seit 1995 wird das hier im Parlament durch die Arbeit des Migrationsausschusses begleitet. Wir stehen dabei nicht alleine, sondern seit Jahren haben wir die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte und das Landeszentrum für Zuwanderung, das 1995 gegründet wurde, als Unterstützung der Arbeit von Parlament und Regierung an unserer Seite.

(Vera Dedanwala [SPD])

(A) Wir haben bei dieser Migrationsarbeit, die Sprachförderung beinhaltet, die Integration in die Gesellschaft und Integration im Freizeitbereich beinhaltet, die Hilfen auf dem Arbeitsmarkt und Hilfen auf dem Ausbildungsmarkt beinhaltet, viele Einzelthemen gemeinsam bearbeitet. Diese Integrationsarbeit wollen wir fortsetzen und dabei im Lande Nordrhein-Westfalen eine Begegnung der Migrantinnen und Migranten auf einer Augenhöhe mit den Menschen, die in Nordrhein-Westfalen leben, zustande bringen.

Wir wollen die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus fördern, und wir wollen die Antidiskriminierungsarbeit in unserem Land stärken. Immer noch müssen wir erleben, dass bei uns in Nordrhein-Westfalen Begegnungen zwischen jungen Rechtsradikalen und Afrikanern zu unmöglichen Zuständen führen. Leider hat auch in meiner Heimatstadt vor einer Woche ein Ehepaar eingreifen müssen, um einen jungen Afrikaner aus einer sehr misslichen Situation zu befreien. Solche Vorfälle sind noch kein Schnee von gestern. Wir müssen aktiv noch mehr tun. Die SPD und ihr Koalitionspartner werden den Fokus ihrer Arbeit auf solche Schwerpunkte legen.

Hierzu haben wir zwei Haushaltsanträge gestellt.

(B) Wir werden die antirassistische Arbeit und die Antidiskriminierungsarbeit stärken, zum einen mit 29.000 DM und zum anderen mit 800.000 DM, und zwar im Bereich der Projektarbeit und bei Projekten, die durch das Landeszentrum für Zuwanderung evaluiert werden.

Herr Zylajew, im Übrigen haben Sie mit Ihrer Fraktion im Ausschuss den Anträgen unserer Fraktionen zugestimmt. Das haben wir als positives Zeichen gewertet und hoffen, dass wir diese Arbeit gemeinsam fortführen können.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Und warum haben Sie unsere Anträge abgelehnt?)

- Herr Rüttgers, ich komme gleich zu dem Thema.

Sie haben eben den Islam-Lehrstuhl angesprochen. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass die CDU-Fraktion tatsächlich glaubt, ein flächendeckendes Angebot von Islam-Unterricht an den nordrhein-westfälischen Schulen könne durch die Einrichtung eines einzigen Islam-Lehr-

stuhls im Lande und in der Stadt Köln erreicht werden. (C)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Anfangen müsst ihr mal! - Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Sie sollten einmal ganz ruhig sein!)

- Herr Rüttgers, Sie können gleich das Wort ergreifen. Im Moment habe ich es. Begonnen ist mit dieser Arbeit schon lange.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Wo denn? Es gibt keinen Lehrstuhl!)

- Es gibt islamischen Religionsunterricht, und es gibt islamische Unterweisung. Es geht nämlich nicht um einen Lehrstuhl, sondern es geht um die Einrichtung von Studiengängen, damit Lehramtsanwärter, die sich in der Ausbildung befinden, an ihren Studienplätzen auch ein Angebot an Islam-Unterricht vorfinden. Wir müssen also an vielen Universitäten einen solchen Studiengang einrichten.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Dann macht doch!)

Das muss in die Zielvereinbarungen mit den Universitäten hineingenommen werden. Lehrstühle für Islam-Unterricht gibt es aber bereits. Sie sollten sich sachkundig machen. (D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nicht in Köln!
- Heinz Hardt [CDU]: Wo denn?)

- Auch in NRW. In Bonn gibt es einen Lehrstuhl für

(Helmut Stahl [CDU]: für Islam-Wissenschaften!)

- richtig, für Islam-Wissenschaften!

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Es gibt auch Ägyptologie! Das hat auch etwas mit dem Islam zu tun!)

- Herr Rüttgers, ich habe Ihnen vorhin auseinander gelegt, dass es einen Unterschied zwischen Islam-Wissenschaften einerseits und dem islamischen Unterricht an Schulen andererseits gibt. Wenn Sie flächendeckend Islam-Unterricht an Schulen wollen, dann müssen Sie einen Studiengang für Islam-Unterricht einrichten und den an vielen Universitäten anbieten. Sie müssen Bausteine für einen solchen Studiengang entwickeln.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Dann fangen wir doch an!)

(Vera Dedanwala [SPD])

- (A) Das ist zurzeit mit den Universitäten in der Planung. Sie werden sehen, dass es Ergebnisse geben wird.

Es stimmt, dass wir der Einrichtung dieses einen Lehrstuhls in Köln nicht zugestimmt haben. Ansonsten haben wir alle Beschlüsse im Ausschuss einstimmig gefasst. Im Moment gibt es eine Vielzahl integrativer Überlegungen, auch vorgelegt durch einen Antrag der CDU-Fraktion. Bisher hatten wir die Hoffnung, dass es auch in Nordrhein-Westfalen ein gemeinsames Integrationskonzept wird geben können.

Seit Beginn dieser Woche habe ich diese Hoffnung nicht mehr so ganz. Ich gehe auch nicht blauäugig an diese Geschichte heran. Denn die Nagelprobe in Sachen Integrationspolitik wird sich nicht durch Papiere und in Reden einstellen, sondern durch reales Verhalten, auch im Wahlkampf. Die CDU muss sich sehr wohl entscheiden, was sie tut und was sie will. Knapp eine Woche vor den Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg frage ich Sie ganz offen: Wollen Sie den rechten Rand des Wählerspektrums mit den Parolen des rechten Randes einfangen und diesen rechten Rand in der Mitte salonfähig machen?

- (B) (Rudolf Henke [CDU]: Welche Parolen denn? - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was denn? - Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Wo steht das denn?)

- Seien Sie nicht so aufgeregt. Ich erinnere an die Parolen von Koch und die doppelte Staatsbürgerschaft. Ich erinnere an Rüttgers und die "Kinderstatt-Inder"-Debatte.

(Rudolf Henke [CDU]: Das haben Sie doch so hingedreht! - Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Wir wollen doch die Wahrheit nicht verdrehen!)

Ich zitiere aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" von heute. Herr Henke, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" steht nicht in Verdacht, ein Kampfbblatt der Sozialdemokratie zu sein:

"Die beiden Plakatmotive der CDU, die am kommenden Wochenende, Freitag und Samstag, eingesetzt werden, tragen die Aufschrift 'Jetzt reicht's! Trittin beleidigt ganz Deutschland. Die SPD schaut zu.'"

(Beifall bei der CDU)

"und 'Es gibt viele Gründe, stolz zu sein auf Deutschland.'" (C)

(Erneut Beifall bei der CDU)

Und weiter - hören Sie zu, das dicke Ende kommt noch! -:

"Die rechtsextreme NPD hat angekündigt, am Samstag an vielen CDU-Infoständen in Rheinland-Pfalz 'präsent' zu sein und 'die begehrten Aufkleber' mit dem Text 'Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein' an interessierte Unterzeichner abzugeben."

Nun wundert mich doch Ihr erstauntes Auftreten. Sie verschaffen durch Ihre Infostände der NPD eine Plattform, im Wahlkampf ihre Parolen zu verbreiten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Hier sitzen Sie scheinheilig und distanzieren sich davon.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich entscheiden: Wollen Sie durch Integrationspolitik auch das Aufnahmeverhalten in der Aufnahmegeellschaft verändern?

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Keller? (D)

Vera Dedanwala (SPD): Das gehört dazu.

Ich fordere Sie auf, mit uns diesen Weg der Integrationspolitik zusammen zu gehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Kollegin Dedanwala. - Für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt Frau Dr. Dreckmann das Wort.

Dr. Ute Dreckmann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Nordrhein-Westfalen leben ca. 2 Millionen Menschen mit ausländischem Pass. Das sind 11 % der Bevölkerung. Sie stammen aus 180 Nationen.

Dennoch bestand noch vor wenigen Jahren gesellschaftlicher und politischer Konsens darüber,

(Dr. Ute Dreckmann [F.D.P.]

- (A) dass Deutschland kein Einwanderungsland ist. Ausländer wurden überwiegend als Bedrohung erlebt, als unliebsame Konkurrenten um die wenigen Ausbildungs- und Arbeitsplätze, um den preiswerten Wohnraum und um die Sozialleistungen. "Das Boot ist voll" hieß die Devise. Rückfahrprämien für die in den 60er-Jahren gezielt als Gastarbeiter angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien wurden gezahlt. Das Wort "Asylantenschwemme" machte die Runde. Ausländerfeindlichkeit - geschürt durch rechtsradikale Propaganda - kam auf.

Endlich wurde weiten Teilen der deutschen Bevölkerung und der Politik klar, dass Menschen keine Manövriermasse sind, die wir beliebig hin- und herschieben können, je nachdem, ob wir sie brauchen oder nicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Migranten kommen aus den unterschiedlichsten Gründen in die Bundesrepublik. Sie kommen als Asylsuchende, Bürgerkriegsflüchtlinge, Kontingentflüchtlinge, Spätaussiedler, im Zuge von Familienzusammenführung und nach wie vor - legal oder illegal - als Arbeitsmigranten.

- (B) Nicht selten werden aus Arbeitnehmern Arbeitgeber. Ihre Zahl liegt bei ca. 280.000 Selbstständigen in Industrie, Handel und Handwerk ohne freiberuflich tätige und mithelfende Familienangehörige. Allein die türkischen Unternehmen stellen 162.000 Arbeitsplätze. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit in unserem Land fehlen Fachkräfte, und zwar nicht nur im IT-Bereich, sondern auch im Handel, im Handwerk, in der Gastronomie, in der Landwirtschaft und im Pflegebereich. Immer mehr kleine und mittelständische Betriebe wenden sich an uns mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, dass ihre ausländischen Arbeitskräfte - seien es abgelehnte Asylbewerber oder Bürgerkriegsflüchtlinge - nicht abgeschoben werden.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Es ist gut, dass sich die Innenministerkonferenz im Februar dafür ausgesprochen hat, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien nun auf Dauer in der Bundesrepublik bleiben dürfen, wenn sie seit sechs Jahren in Deutschland leben und seit zwei Jahren eine feste Arbeit haben. Für die Flüchtlinge aus dem Kosovo und dem Rest-Jugoslawien konnten sich die Innenminister noch nicht auf eine solche Regelung einigen.

Die F.D.P.-Fraktion hat in einem Antrag gefordert, eine solche Regelung für alle Bürgerkriegsflüchtlinge und ihre Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien zu treffen, wenn sie seit mehr als einem Jahr bei einem nordrhein-westfälischen Unternehmen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Dem Antrag wurde nicht zugestimmt.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres dürfen Asylbewerber und geduldete Ausländer nach einer einjährigen Wartezeit in Deutschland arbeiten. Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 32 a Ausländergesetz haben, stehen ohne Wartezeit dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung.

So weit die Theorie. - Die Praxis sieht anders aus:

Vor der Arbeitsaufnahme gilt es zu prüfen, ob nicht ein bevorzogter Arbeitnehmer - also ein deutscher Arbeitsloser, ein EU-Ausländer oder ein Ausländer mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis - für die Stelle zur Verfügung steht. Während in fast allen anderen Bundesländern die Prüfung im Einzelfall entschieden wird, gibt es Nordrhein-Westfalen nach wie vor eine Sperrliste für bestimmte Berufsgruppen. Diese Sperrliste umfasst immerhin 60 Berufe, darunter auch solche wie Raumpfleger oder Lagerhelfer. De facto bleibt das Arbeitsverbot für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge in unserem Land so gut wie bestehen.

Das hat nicht nur gravierende negative Auswirkungen auf die Finanzen der Gemeinden, die für die Sozialhilfe aufkommen müssen, sondern auch auf unsere Wirtschaft, der die Arbeitskräfte fehlen; denn oft findet sich gar kein bevorzogter Arbeitsloser, der die Stelle annehmen will.

Negative Auswirkungen hat die Regelung aber auch auf das Ansehen der Asylbewerber und Flüchtlinge bei der deutschen Bevölkerung, die nur sieht, dass diese Menschen nicht arbeiten, sondern von der Sozialhilfe leben, und auch auf die Selbstachtung der Betroffenen. Es gehört unendlich viel Mut und Selbstvertrauen dazu, sein Land zu verlassen und dort alles aufzugeben - auch wenn politische Verfolgung oder Krieg in der Heimat der Grund dazu sind. Dieses Potenzial sollten wir nicht blockieren, sondern gezielt nutzen.

Die F.D.P. setzt sich deshalb dafür ein, dass auch Asylbewerbern sofort der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt eröffnet wird und dass in Nordrhein-

(C)

(D)

(Dr. Ute Dreckmann [F.D.P.]

- (A) Westfalen die Sperrlisten für bestimmte Berufsgruppen abgeschafft werden.

Das Statistische Bundesamt schätzt, dass in 50 Jahren ca. 10 Millionen Menschen weniger in der Bundesrepublik leben werden als heute. Das hat gravierende Auswirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme und auf die wirtschaftliche Entwicklung. Das Boot ist also nicht voll. Im Gegenteil: Es wird immer leerer.

Eines ist aber ganz klar: Zuwanderung muss langfristig und vorausschauend politisch gestaltet werden. Notwendig ist eine klare und transparente Regelung mit dem Ziel, die Zuwanderung planvoll zu steuern und zugleich an den legitimen Interessen der Bundesrepublik auszurichten. Dadurch werden Ängste in der Bevölkerung abgebaut, und dadurch wird das Klima für die Integration der bereits hier lebenden und zuziehenden Ausländer verbessert.

Die F.D.P. hat bereits auf ihrem Karlsruher Bundesparteitag 1996 ein Gesamtkonzept "Migration und Integration" beschlossen. Auf diesem Konzept basiert der Entwurf des umfangreichen Zuwanderungsgesetzes, das die F.D.P.-Bundestagsfraktion gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag eingebracht hat. Obwohl meines Erachtens nach ein Einwanderungsgesetz von allen in diesem Landtag vertretenen Fraktionen als sinnvoll erachtet wird, wurde unser Antrag, seitens der Landesregierung den Antrag der F.D.P.-Bundestagsfraktion zu unterstützen, abgelehnt. Jetzt fordern die Grünen einen Staatssekretär für Migration, und die CDU spricht sich für einen Ausländerbeauftragten auf Landesebene aus.

- (B) Das dafür notwendige Geld stecken wir besser in Maßnahmen zur Integration unserer Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass oder ausländischer Herkunft. Denn die Integration der Migrantinnen und Migranten ist eine gesellschaftliche Herausforderung ersten Ranges. Sie verlangt von beiden Seiten Offenheit und Akzeptanz gegenüber dem Anderssein - sowohl auf der Seite der Zuwanderer als auch auf der Seite der einheimischen Bevölkerung.

Der Weg in die multikulturelle Gesellschaft darf nicht in die Sackgasse der Parallelgesellschaft führen. Das Fremde wird nur dann als Bereicherung empfunden, wenn es gelingt, der einheimi-

schen Bevölkerung die Angst vor einer unkontrollierten Überfremdung zu nehmen.

(C)

Zu einem friedlichen Miteinander in kultureller Vielfalt gehört ein von allen akzeptiertes und geachtetes Wertesystem, das in der Verfassung verankert ist. Dazu gehört eine für alle verbindliche Rechtsordnung, und dazu gehört eine gemeinsame Sprache, die von allen gesprochen wird.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung eines selbstbestimmten und erfolgreichen Lebens in Deutschland. Die Förderung der Sprachkompetenz der Zuwanderer muss deshalb unbedingt Priorität bei einer erfolgreichen Migrationspolitik haben. Besonders wichtig ist dies bei den Kindern und Jugendlichen. Denn nur so ist Chancengleichheit mit den deutschsprachigen Altersgenossen in Schule, Ausbildung und Beruf gegeben. Wie dies zu geschehen hat, darüber ist hier und im Migrationsausschuss oft debattiert worden.

Der Migrationsausschuss hat beschlossen, ein von allen im Landtag vertretenen Parteien getragenes Integrationskonzept zu erarbeiten und in den Landtag einzubringen. Wir werden also noch ausgiebig Gelegenheit haben, dieses Thema zu erörtern.

(D)

Integration ist aber nicht zum Nulltarif zu haben. Die Diskussion um die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen wird deshalb bei der Debatte des nächsten Haushalts eine entscheidende Rolle spielen.

Bei der Beratung dieses Haushalts hat sich die F.D.P. im Migrationsausschuss der Stimme enthalten. Zugestimmt habe ich dort den Anträgen von SPD und Grünen, den Ansatz zur Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf um 29.000 DM zu erhöhen und im Gegenzug denselben Betrag bei der Anschaffung von Geräten usw. bei den Dienststellen der Versorgungsverwaltung einzusparen. Dies ist ein richtiges Signal.

Zugestimmt habe ich auch dem Antrag der CDU, 300.000 DM für die Einrichtung eines Lehrstuhls für islamische Religionspädagogik bereitzustellen. Dass dem seitens der Regierungskoalition nicht zugestimmt wurde, ist schade.

(Dr. Ute Dreckmann [F.D.P.]

- (A) Die F.D.P. hat darüber hinaus den Antrag der CDU unterstützt, bei den Vertriebenenverbänden die Mittel für die Projektförderung um 34.000 DM zu erhöhen. Denn auch in diesen Verbänden wird eine wichtige Kultur- und Integrationsarbeit geleistet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist gut, dass auch die Koalitionsfraktionen im Migrationsausschuss ein Nachdenken darüber signalisiert haben. Denn Migrationspolitik kann nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn sie von einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens getragen wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Dreckmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Karsli.

Jamal Karsli (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die heutige Debatte ist leider ein bisschen gespannt, was mir persönlich nicht so gut gefällt. Das Klima im Ausschuss ist viel besser. Als jemand, der selbst Migrant ist, hat es mich gefreut, dass wir den Haushalt eigentlich mit allen Fraktionen dieses Hauses so harmonisch verabschiedet haben. Das gibt mir die Hoffnung, dass Nordrhein-Westfalen ein gutes Beispiel für die anderen Bundesländer sein kann.

(B)

Ich habe auch das Gefühl, dass in diesem hohen Hause unter den Parteien mittlerweile auch ein Wettbewerb um die besseren Ideen herrscht. Das heißt: Jede Fraktion versucht, das beste Konzept vorzulegen. Das beste Beispiel dafür war, als die CDU in ihrer Integrationspolitik die Wende gefunden hat. Das hat mich sehr erstaunt, aber ich freue mich gleichzeitig darüber, dass die CDU in diesem Bereich große Schritte gemacht hat.

Ich denke, F.D.P. und SPD werden auch ihre Integrationskonzepte vorlegen mit der Hoffnung, dass wir am Ende ein interfraktionelles Konzept für Integration vorlegen können, damit sich andere Bundesländer an uns ein Beispiel nehmen können.

Bündnis 90/Die Grünen haben ihr Integrationskonzept vorgelegt und an mehr als 100 Adressen weitergeleitet: Migrantenorganisationen, Wissen-

schaffler, Institutionen. Wir wollen die Meinung dieser Menschen in unser Konzept einbauen und ihre Ideen in unser Konzept einfließen lassen. Wir werden das Konzept auf unserem Parteitag Anfang Mai verabschieden, und wir hoffen, dass andere Parteien da mitmachen, damit es zu einem Erfolg werden kann. (C)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme jetzt zum Haushalt: Ich habe gerade meine Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Haushalt so gut wie übereinstimmend verabschiedet worden ist. In Haushaltstiteln im Migrationsbereich ist sogar zusätzliches Geld eingeflossen, obwohl gespart werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichwohl werden 829.000 DM mehr investiert. Das ist erfreulich. Wir wollen mit diesem großen Topf, mit diesen 800.000 DM, die Antidiskriminierungsarbeit in diesem Lande fördern.

(Willi Zylajew [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Präsident, Kollege Zylajew möchte etwas fragen.

Präsident Ulrich Schmidt: Der Kollege müsste sich erst einmal in das System eindrücken. Dann kann ich ihm das Wort erteilen. - Jawohl, jetzt ist er dran. Bitte schön, Herr Zylajew! (D)

Willi Zylajew (CDU): Lieber Kollege Karsli, wir haben ja wirklich versucht, ein Konzept gemeinsam zu tragen, und da frage ich mich: Warum haben Sie nicht bei den 300.000 DM zugestimmt? Wir sind uns darüber einig - zumindest sagen Sie das immer -, dass wir dringend einen ersten Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik brauchen. Warum haben Sie nicht die Position in der Haushaltsberatung vertreten, die Sie bei der LAGA und sonstwo ebenso bekräften, wenn sie fordern: Wir müssen dringend Hilfen in deutscher Sprache im Kindergarten gewähren. Meine Frage: Warum verhalten Sie sich bei Veranstaltungen anders als beim Haushalt?

Jamal Karsli (GRÜNE): Herr Kollege Zylajew, ich werde später darauf eingehen. Ich gehe davon aus, dass Ihnen das, was ich sagen werde, gut

(Jamal Karsli [GRÜNE])

(A) gefallen wird. Ich fühle mich bei dieser Geschichte auch unwohl; das gebe ich gern zu.

Wir wollen mit diesem Geld in der Tat auch die Antidiskriminierungsarbeit im Lande vorantreiben. Am Ende wollen wir auch ein Antidiskriminierungsgesetz zustande bekommen. Unser Nachbarland Niederlande hat das gemacht. Bevor die Niederländer das zustande gebracht haben, haben sie festgestellt, dass sie selbst in 1.300 Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften diskriminiert waren.

Sie haben erst ihre Gesetze daraufhin überarbeitet. Danach haben Sie ein Antidiskriminierungsgesetz geschaffen.

Unsere Fraktion hat am 12. und 13. März unser Nachbarland Niederlande besucht. Die Niederlande unterscheidet von uns, dass man dort ein Antidiskriminierungsgesetz hat und dass dieses Land seit 20 Jahren eine aktive Integrationspolitik betreibt. Frau Dreckmann, die Niederlande hat nicht nur einen Staatssekretär, sondern sie hat sogar ein Ministerium für Migrationsangelegenheiten. Die Niederlande hat also noch mehr verwirklicht, als wir hier fordern.

(B) Außerdem gibt es in den Niederlanden seit 1986 das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Bei uns blockiert die CDU das ständig. Das muss ich in dem Zusammenhang auch noch einmal zum Ausdruck bringen.

Außerdem gibt es in den Niederlanden seit 1992 das Recht auf doppelte Staatsangehörigkeit. In den Niederlanden ist es also möglich, eine doppelte Staatsangehörigkeit zu haben.

Auf Regierungsebene gibt es zudem ein Programm, das sich WIN nennt. Es ist ein Gesetz über die Eingliederung von Neuankömmlingen. Darüber wird das Erlernen der Sprache und die gesellschaftliche und berufliche Orientierung unterstützt.

Die niederländische Regierung gibt, um diese Menschen einzugliedern, im Jahr 295 Millionen Gulden für 22.500 Personen aus. Für jede Person werden im Jahr also 13.000 Gulden für Eingliederungsmaßnahmen aufgewendet. Das ist eine enorme Summe. Auf dieses Thema muss man ein größeres Augenmerk richten.

Unternehmen sollten auch nicht beklagen - das verstehe ich -, dass man dann, wenn etwa ein

bosnischer Flüchtling abgeschoben wird, pleiteginge. So etwas erlebe ich auch im Petitionsausschuss. Diese Unternehmen tun nämlich für die Integration nichts. Sie sollten vielmehr wie die niederländischen Unternehmen Integrationsmaßnahmen in die Wege leiten. Im Nachbarland veranstalten die Unternehmen Sprachkurse, unterstützen die berufliche Ausbildung und geben den Menschen, die dort eingestellt werden, eine Perspektive. Das heißt, dort strengt sich auch das Kapital an, Integrationshilfen zu leisten. Deshalb können unsere Unternehmen von denen etwas lernen.

Noch einmal zur Negativliste: Wir werden darüber in der Tat diskutieren. Ich finde es ganz schlimm, dass viele nach Arbeitnehmern suchen, diese aber nicht finden. Deshalb muss diese Negativliste weg.

Herr Zylajew, ich komme jetzt zum islamischen Religionsunterricht: Ich bin selbst Moslem. Mich stört es jedes Mal, wenn wir darüber im Ausschuss diskutieren müssen. Diese Frage beginnt nicht im Ausschuss, sondern sie beginnt im Innenministerium. Im Landesverfassungsschutzbericht sind alle islamischen Organisationen als verfassungsfeindlich eingestuft. Da beginnt das Problem. Es findet nämlich überhaupt kein Dialog statt, wenn solche Organisationen als verfassungsfeindlich eingestuft sind. Wie kann man bei dieser Einstufung mit diesen Organisationen reden? Und man muss mit ihnen reden.

Auch in diesem Bereich habe ich immer den Eindruck, man verhindert eher den islamischen Religionsunterricht, als diesen zu unterstützen. Dabei wäre das konsequent. Viele Kinder werden deutsche Kinder islamischen Glaubens. Für diese hier geborenen Kinder müssen wir eine Antwort haben. Wir müssen ihnen ermöglichen, in ihrer Religion unterrichtet zu werden.

Als Argument für die Ablehnung dieses Religionsunterrichtes diene immer, dass man keine Ansprechpartner habe. Dabei gibt es den Islamrat und den Zentralrat der Muslime. Der Islamrat umfasst 38 Gemeinschaften und der Zentralrat der Muslime 16 Gemeinschaften. Wir haben gesagt, diese seien die Ansprechpartner für die Landesregierung. Wir würden mit diesen sprechen. Aber man will diese Einrichtungen nicht wahrnehmen. Man will das eher verhindern.

(C)

(D)

(Jamal Karsli [GRÜNE])

- (A) Diese Einrichtungen haben sogar eine Kommission für islamischen Religionsunterricht gegründet. Sie haben gesagt, Sie verbürgten sich dafür und täten alles, damit dieser Unterricht überhaupt stattfindet. Diese Menschen wollen nichts Außergewöhnliches, sondern sie wollen etwas, was unsere Landesverfassung und auch das Grundgesetz vorschreibt. Leider hinken wir aber bei diesem Thema nach. Ich hoffe, wir werden uns anstrengen, diesen Rückstand aufzuholen.

Ich fordere hier die Landesregierung auf, so schnell wie möglich nicht nur einen Lehrstuhl, sondern auch Studiengänge in vielen Universitäten einzurichten, damit wir dort die Lehrerinnen und Lehrer ausbilden können und wir diese nicht importieren müssen. Bei denen, die wir importieren, wissen wir nicht, welche Ideologie bei diesen dahintersteht. Die können nicht einmal ein Wort Deutsch. Wir müssen deshalb solche Menschen bei uns ausbilden, damit diese unsere Kinder richtig unterrichten und wir nicht einfach vor Problemen stehen.

Ich hoffe, im Rahmen einer Hochschulreform wird die Lösung dieses Problems in Angriff genommen. Wir sollten nach vorn sehen. Wir sind ein großes Land und dürfen nicht hinterherhinken. Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund - auch mit einem islamischen Hintergrund - in den Schulen wächst. Momentan liegt die Zahl bei 20 %, in 20 Jahren werden es 40 % sein. Wir müssen also jetzt Antworten auf die Probleme finden.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, endlich hat die CDU eingesehen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Auch eine UNO-Studie sagt, dass Deutschland, wenn es wirtschaftlich und gesellschaftlich auf dem derzeitigen Niveau bleiben will, jedes Jahr 458.000 Einwanderer braucht. Deshalb werden viele Fragen dazu auf uns zukommen. Das ist eine Herausforderung. Darum müssen wir uns anstrengen.

Wir müssen mehr Mittel in den Bereichen Migration und Integration investieren. Wenn wir diese Mittel jetzt nicht investieren, werden wir später bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft, bei den Gerichten und den Gefängnissen mit Sicherheit gewollt oder ungewollt mehr investieren müssen. Deshalb wäre es für die Zukunft unseres

Landes sinnvoll, mehr in den Migrationsbereich zu investieren. - Vielen Dank. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Karsli und erteile Herrn Minister Schartau das Wort.

Harald Schartau, Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Debatte um diesen Teilhaushalt geht es um Integrationspolitik im umfassenden Sinne. Ich glaube, die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es in dem Zusammenhang wenig bringt, existierende Probleme zu leugnen oder schönzureden. Es bringt aber genauso wenig, vorhandene Probleme zu dramatisieren und Energien darauf zu richten, einen Schuldigen oder Verantwortlichen zu finden.

Die Landesregierung sichert die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen auf dem hohen Niveau ab, was uns immer wieder von Fachleuten und Verbänden innerhalb und außerhalb NRW bestätigt wird. Das verlockt uns aber nicht dazu, uns auf den Lorbeeren auszuruhen. (D)

Mit einem Fördervolumen von über 6 Millionen DM stellt die Sozialberatung von Ausländerinnen und Ausländern den größten Ausgabenposten dar. Wir haben bei der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, der Diakonie und auch beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Einrichtungen, die Zugewanderten ausländischer Herkunft bei der Bewältigung des Alltags mit individuellen Hilfen unterstützen und sozialrechtliche Fragen beantworten.

Wir haben in über 200 Zentren in Nordrhein-Westfalen - das muss man sich einmal vorstellen - Leute, die dazu beitragen, dass Begegnungen, Weiterbildung und Freizeitbeschäftigungen für Migranten stattfinden. Und wir werden mit dieser interkulturellen Arbeit und den Integrationsmaßnahmen etwa 160.000 Menschen in unserem Land jedes Jahr erreichen.

Eine große erfolgreiche Arbeit leisten auch die regionalen Arbeitsstellen für Kinder und Jugendli-

(Minister Harald Schartau)

(A) che aus Zuwandererfamilien an der Nahtstelle zwischen Schule, außerschulischer Jugendhilfe und familienorientierter Beratungsarbeit, die insbesondere da sind, wo der Schuh drückt, und dort auch dazu beitragen, dass ein gemeinsames Leben eben auch erleichtert wird.

Über Sprachkurse und Sozialbetreuung von Spätaussiedlern möchte ich an dieser Stelle keine längeren Ausführungen machen, sondern lediglich darauf hinweisen, dass wir da in Nordrhein-Westfalen umfangreiche Erfahrungen gemacht haben.

Integration als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe macht Anstrengungen von allen erforderlich. Wir alle müssen lernen, wie man sich in der ethnischen und kulturellen Vielfalt unserer Gesellschaft orientiert und zurechtfindet. Wenn immer mehr Grenzen fallen, wenn die Welt immer stärker zusammenrückt, dann hat dies auch Auswirkungen auf unsere Arbeitswelt und unseren Alltag. Wir brauchen die Entwicklung von der weltweiten Kommunikation zum grenzübergreifenden Verstehen.

Dazu gehört, dass wir wissen und verstehen müssen, mit wem wir weltumspannend ökonomisch zusammenarbeiten. Dazu gehört auch, dass wir mehr über die Menschen, die zu uns kommen, wissen und sie auch besser verstehen lernen.

(B) Umgekehrt gilt dies natürlich genauso. Zugewanderte müssen die Bereitschaft aufbringen, sich über ihre neue Umgebung zu informieren und das Leben hier zu verstehen. Das hat nichts mit der Aufgabe eigener Identitäten zu tun. Vielmehr halte ich es für notwendig, andere Identitäten zu verstehen, um Pluralität, gegenseitige Achtung und ein offenes Miteinander zu gewährleisten.

Gemeinsam mit meiner Kollegin Behler und meiner Kollegin Fischer habe ich für die Landesregierung die Aufgabe übernommen, aus den vielfältigen Erfahrungen in den Kommunen und in den vielen Einrichtungen unseres Landes, die über Jahrzehnte hinweg Erfahrungen in Fragen der Migration haben, ein nordrhein-westfälisches Integrationskonzept zusammenzustellen.

In diesem Zusammenhang, Herr Zylajew, möchte ich Sie auf einen Irrtum hinweisen. Sie haben eben gesagt, Sie würden in der Landesregierung - ich führe gerade Ihre Mumie noch einmal in die

Debatte ein - keine Veralterung erkennen, sondern Sie würden in uns Mumien sehen.

(Willi Zylajew [CDU]: Ja!)

Lieber Willi Zylajew, da haben Sie sich wieder einmal verguckt. Das ist nämlich keine Mumie, sondern das ist ein Kokon, aus dem in wenigen Monaten ein schöner Schmetterling gelungener Integrationspolitik herausfliegen wird.

(Beifall bei der SPD)

Man braucht sich nicht zu schämen, obwohl sich in dem Alter der eine oder andere dafür schämt, eine Brille aufzusetzen. Aber ich kann Ihnen ja immer wieder helfen, richtig zuzusehen.

In diesem Integrationskonzept werden aus meiner Sicht genau die positiven und negativen Erfahrungen, die wir in diesem Land vor Ort gemacht haben zusammengeführt. Das sind die Erfahrungen, die die Migrantenselbsthilfeorganisationen gemacht haben, und die Erfahrungen, die in den Kommunen im Sprach-, im Schulbereich, im Ausbildungsbereich, im Zusammenleben und insbesondere da, wo kritische Situationen entstanden sind, gemacht worden sind. Und ich bin deshalb einigermaßen optimistisch, dass dieses Integrationskonzept auch ein gutes wird.

(D) Wenn es überhaupt ein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland gibt, das Erfahrungen mit Migration über Jahrzehnte hinweg hat, dann ist das Nordrhein-Westfalen. Wir haben Migration in einem hohen Maße praktiziert. Als der eine oder andere noch gar nicht an Migrations- und Integrationskonzepte gedacht hat, haben wir sie schon in Gelsenkirchen, Bottrop, im Sauerland, im Münsterland und in Ostwestfalen praktiziert, weil wir sie nämlich als Menschen gestalten konnten.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, dass wir an diesen Bereich mit großem Selbstbewusstsein herangehen. Und dass die CDU in ihrem Antrag die markanten Punkte der Landesregierung noch einmal nachdrücklich unterstützt hat, macht uns die Sache sicherlich noch etwas einfacher.

In einem breiten Bündnis setzen wir in Nordrhein-Westfalen auf Überparteilichkeit und auf Nachhaltigkeit. Diese Nachhaltigkeit müssen wir vor allen Dingen in der Beziehung im Auge haben, dass wir

(Minister Harald Schartau)

- (A) bei der Integrationspolitik natürlich in einer besonderen Verantwortung stehen.

Diese Arbeit stellt auch einen besonderen Schwerpunkt der Landeszentrale für politische Bildung dar. Durch Aufklärungsarbeit in unterschiedlicher Form kann die Landeszentrale mittel- und langfristig daran mitwirken, dass das Zusammenleben von unterschiedlichen ethnischen Gruppen auch als positiver Wert in unserer Gesellschaft breite Anerkennung findet.

Es geht um einen tiefgreifenden Lern- und Veränderungsprozess. Ich begrüße es deshalb sehr, dass alle Fraktionen des Parlaments dazu beigetragen haben, die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Zuschüsse an freie Träger zum Zwecke der Vorbeugung und Bekämpfung von Diskriminierung Menschen ausländischer Herkunft und Angehöriger ethnischer Minderheiten zu erhöhen.

So wenig die Migranten verantwortlich sind für den Rechtsextremismus, so kann auch nicht Integrationspolitik die Verantwortung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus mit allen dem Staate zur Verfügung stehenden Mitteln der Repression tragen. Integrationspolitik kann aber dafür sorgen, dass diejenigen, die die Zielscheibe von Rassismus und Rechtsextremismus sind, gestärkt werden. Und das sind in erster Linie - wenn auch nicht ausschließlich - Menschen anderer Staatsangehörigkeiten oder Hautfarbe.

(B)

Die Haushaltsberatungen im zuständigen Ausschuss haben gezeigt, dass trotz unterschiedlicher Auffassungen, Bewertungen und Schwerpunktsetzungen im Detail alle Fraktionen dieses Hauses ein großes gemeinsames Interesse haben: Nordrhein-Westfalen soll ein Land sein und bleiben, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion, Hautfarbe oder ethnischer Zugehörigkeit friedlich, offen und in gegenseitiger Anerkennung arbeiten, wohnen und miteinander leben. Dazu gehört immer und überall, dass um Probleme kein Lappen gewickelt wird, dass über Probleme geredet wird und dass man in diesem Zusammenhang jederzeit erhaben darüber ist, Ausländerfeindlichkeit Vorschub leisten zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir das in NRW schaffen, machen wir es gut. - Danke. (C)

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Herrn Schartau, sehr herzlich. - Wir sind dann am Ende der Beratungen zum Einzelplan 15.

Ich möchte vereinbarungsgemäß darauf hinweisen, dass in der Zeit zwischen 13.00 und 14.00 Uhr keine Abstimmungen stattfinden werden. Wir machen deshalb jetzt weiter mit dem Einzelplan 14. Nach 14.00 Uhr werden wir über den Einzelplan 15 und auch über den Einzelplan 05, der gestern beraten wurde, abstimmen.

Wir gehen also zunächst zu **Nummer 3** über:

Einzelplan 14: Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

Dieser Einzelplan enthält die Bereiche a) Städtebau und Wohnen, b) Kultur und c) Sport.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/814. (D)

Ich eröffne die Beratung zu folgendem Teilbereich:

a) Städtebau und Wohnen

Ich erteile Herrn Kollegen Schulte für die CDU-Fraktion das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Regierungsbildung im letzten Jahr entstand die Synthese aus MBW und MSKS in Form des MSWKS. Laut Zitat des Regierungssprechers bedeutet dies die Mutation von Brusi Bauchladen hin zu Vespers Sammelsurium für alles Mögliche.

Wir haben aufmerksam beobachtet, ob nunmehr der vom Minister nie sonderlich geliebte Wohnungsbaubereich noch mehr im Schlagschatten der Kultur verkümmert. Dass das so ist, zeigt die Tatsache, dass immer mehr Probleme des Wohnungsbau zutage treten, denen in Vergangenheit